14.07.2019

DR. HUBERTUS KNABE

Umweltproteste in Ungarn

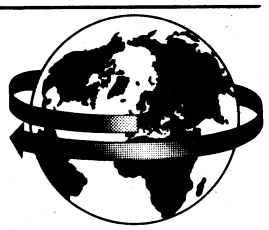
Innen- und außenpolitische Implikationen

Wie in anderen sozialistischen Ländern kam es auch in der Volksrepublik Ungarn in der zweiten Hälfte der 1980-er Jahre zu wachsender Kritik an den gravierenden Umweltproblemen des Landes. Innerhalb und außerhalb des zugelassenen politischen Rahmens entwickelten sich verschiedene Formen des Umweltprotestes, die als ein Vorläufer der unabhängigen gesellschaftlichen Bewegungen betrachtet werden können, die bald darauf zu einem Ende der sozialistischen Diktatur führten. Der Beitrag untersucht diese Umweltproteste anhand vier exemplarischer Fallstudien zu Streitfällen der ungarischen Umweltpolitik: ein Steinbruch in Szársomlyó, eine Sondermüllverbrennungsanlage in Dorog, der Müllimport nach Mosonmagyaróvár und das geplante Staustufensystem an der Donau.

Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Nr. 65-1989

www.hubertus-knabe.de

Berichte des Bundesinstituts
für ostwissenschaftliche
und internationale Studien



Umweltproteste in Ungarn
Innen- und außenpolitische Implikationen

Hubertus Knabe

65-1989

INHALT

	Seite
Kurzfassung	1
I. Einleitung	5
II. Umweltprobleme und staatliche Umweltpolitik . .	7
1. Umweltprobleme	8
2. Umweltpolitik	9
III. Umweltprotest in Ungarn - vier Fallstudien. . .	1o
1. Steinbruch Szársomlyó.	12
2. Die Sondermüllverbrennungsanlage Dorog . . .	14
3. Die Mülltransporte nach Mosonmagyaróvár. . .	16
4. Das Donau-Staustufensystem	18
IV. Umweltprotest im Sozialismus - Ursachen und Bedingungen	28
1. Entstehungsursachen	28
2. Wirkungsmöglichkeiten.	3o
Anmerkungen	36
Summary	43

September 1989

Die vorliegende Arbeit ist aus einem Forschungsauftrag des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien hervorgegangen.

Der Verfasser dieses Berichts ist Studienleiter an der Evangelischen Akademie Berlin (West).

Redaktion: Gyula Józsa

Hubertus Knabe

Umweltproteste in Ungarn. Innen- und außenpolitische Implikationen

Bericht des BIOst Nr. 65/1989

Kurzfassung

Vorbemerkung

Der vorliegende Bericht geht maßgeblich zurück auf einen zweijährigen Forschungsaufenthalt, den der Autor zwischen 1985 und 1987 mit Unterstützung des Deutschen Akademischen Austauschdienstes in Ungarn durchführen konnte. In diesem Zeitraum entfaltete sich erstmals eine Reihe von Protestbewegungen in Ungarn, die sich an verschiedenen Umweltproblemen entzündeten und damit ein neues Phänomen in die Innen- und Außenpolitik Ungarns hineinbrachten. Diese Bewegungen können als eine Vorform unabhängiger gesellschaftlicher Initiativen betrachtet werden, wie sie sich seit der Ablösung von János Kádár als Generalsekretär der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (USAP) im Mai 1988 und dem dadurch ausgelösten politischen Wandlungsprozeß in großer Zahl zu verschiedenen Konflikten und Themen herausgebildet haben. Während heute diese Bewegungen in Ungarn - zunächst durch staatliche Duldung, dann durch die Schaffung entsprechender rechtlicher Bestimmungen - legal wirken können, war ihre Position im gesellschaftlichen und politischen Gefüge des Kadarismus ungesichert und abhängig von den Reaktionen des politischen System, die zwischen Bekämpfung, Duldung und partieller Unterstützung schwankten.

Unter diesen Umständen konnten sich die in diesem Bericht beschriebenen Prozesse nur zum Teil in offiziellen Veröffentlichungen niederschlagen. Wichtige Entwicklungen finden sich nur in internen und selbstverlegten Publikationen beschrieben und dokumentiert. Anliegen dieser Studie ist es, einen Teil dieses Materials einer breiteren wissenschaftlichen öffentlichkeit zugänglich zu machen, indem in vier kurzen Fallstudien die Entwicklung des Umweltprotestes in Ungarn nachgezeichnet wird. Auf dieser Basis sollen in einem zweiten Schritt Entstehungsursachen und Wirkungsmöglichkeiten der Umweltproteste analysiert werden, wobei die innen- und außenpolitische Implikationen für das politische System im Vordergrund stehen.

Ergebnisse

1. Obwohl Ungarn aufgrund seiner Energiestruktur und seines geringeren Industrialisierungsgrades weniger stark von Umweltproblemen betroffen ist als andere sozialistische Staaten, haben die Belastungen durch eine Vernachlässigung des Umweltschutzes und zunehmende Verunreinigungen durch die Landwirtschaft in den letzten Jahren auch in diesem mitteleosteuropäischen Land zum Teil alarmierende Ausmaße angenommen. Dies gilt insbesondere für die Verunreinigung der Grundwasserbestände, für die hohen Luftbelastungen in Budapest und anderen Industriegebieten sowie für die ungelöste Müll- bzw. Sondermüllentsorgung.

2. Umweltpolitik ist in Ungarn erst vergleichsweise spät als eine umfassende staatliche Aufgabe in Angriff genommen worden. Das dazu notwendige Rechtssystem, das Institutionengefüge und ganze Bereiche des Umweltschutzes wie die Sondermüllbeseitigung wurden zum Teil erst in jüngster Zeit entwickelt. Aufgrund der wirtschaftlichen Schwierigkeiten reichen die finanziellen Mittel der Betriebe und des Staates zur Finanzierung eines adäquaten Umweltschutzes nicht aus.

3. Als Reaktion auf zunehmende Umweltbelastungen ist es in Ungarn in den achtziger Jahren verstärkt zu Umweltprotesten verschiedener Art gekommen. Mit einem Kompromiß endete die Auseinandersetzung um den Betrieb eines Steinbruches auf dem Gebiet eines Naturschutzgebietes im Süden Ungarns, dem Szársomlyó-Berg. Erfolglos blieb dagegen der Protest gegen den Bau einer Sondermüllverbrennungsanlage in der Innenstadt von Dorog, obwohl er von einem damaligen Abgeordneten in der Nationalversammlung unterstützt wurde. Umweltschützern aus der westungarischen Stadt Mosonmagyaróvár gelang es demgegenüber, gegen den Widerstand der lokalen politischen Führung die Ablagerung von österreichischem Müll, der die örtlichen Trinkwasservorräte gefährdete, mit Hilfe der Patriotischen Volksfront zu stoppen. Die größte Protestbewegung entfaltete sich jedoch gegen den Plan der ungarischen und der tschechoslowakischen Regierung, zwischen Bratislava und dem Donauknie ein gigantisches Staustufensystem zu errichten. Die Auseinandersetzung, deren Verlauf in der Studie ausführlich untersucht wird, wurde erst im Mai 1989 beendet, als Ministerpräsident Németh im Zuge des Demokratisierungsprozesses den Ausstieg Ungarns aus dem Projekt verkündete.

4. Die Entstehung der Umweltproteste in Ungarn zeigt eine Sensibilisierung der Bevölkerung für Umweltfragen an, die auf die zunehmende Zahl von Umweltgefährdungen und auf einen höheren Informationsstand zurückzuführen ist. Eine Rolle spielen aber auch nationale Traditionen des Naturschutzes, das Umweltengagement in offiziellen Organisationen sowie die Entstehung "postmaterieller" Bedürfnisse und Partizipationsbestrebungen, die sich in der Entstehung von neuen sozialen Bewegungen niederschlagen.

5. Unabhängiges Umweltengagement fand in Ungarn bis vor kurzem in einem rechtsfreien Raum statt. Außer bei spontanen Protesten auf lokaler Ebene konnten sich Umweltschützer nur in Organisationen wie der Volksfront, dem Kommunistischen Jugendverband oder kleineren halb-autonomen Vereinigungen organisieren. Bis zur Ablösung der Kádár-Führung stießen unabhängige Bewegungen auf massive staatliche Restriktionen, selbst wenn sie im Ausland großen Widerhall fanden. Erst der gegenwärtige Demokratisierungsprozeß hat die Möglichkeit eröffnet, politische und wirtschaftliche Entscheidungen, die eine Gefährdung der Umwelt zur Folge haben, durch gesellschaftliche Proteste zu korrigieren.

I. Einleitung

Umweltprobleme und ihre Bearbeitung in den sozialistischen Staaten werden von der DDR- und Osteuropa-Forschung seit Anfang der siebziger Jahre regelmäßig analysiert. Die Motive dafür bildeten in erster Linie das große Interesse, das dieser Thematik in westlichen Gesellschaften, insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland, entgegengebracht wird, sowie die gewachsene Bedeutung der internationalen Kooperation auf dem Gebiet des Umweltschutzes, besonders in den Ost-West-Beziehungen. Weniger Relevanz wurde der Umweltproblematik jedoch als gesellschaftspolitisches Problem sozialistischer Systeme zugemessen, da die Bevölkerung weitgehend gleichgültig auf die ökologischen Fragen zu reagieren schien, so daß kaum anzunehmen war, daß Auseinandersetzungen um Fragen des Umweltschutzes jenen Stellenwert erreichen würden, wie sie sie in westlichen Industriestaaten mehr und mehr gewonnen haben.

Tatsächlich kam es jedoch in den achtziger Jahren auch in den sozialistischen Staaten zur spontanen Enstehung von Umweltprotesten, die Ausdruck der wachsenden Umweltprobleme und einer allmählichen Sensibilisierung der Bevölkerung für diesen Themenkomplex waren. Ein zunehmendes Umweltbewußtsein zeigte sich nicht nur in der DDR, sondern auch in Polen, Ungarn, der Tschechoslowakei und der Sowjetunion bildeten sich ökologische Gruppen und Bewegungen[1].

Die zeitliche Verzögerung gegenüber der Bundesrepublik, mit der diese ökologische Engagement entstand, hängt nicht nur mit dem geringeren industriellen Entwicklungsniveau der sozialistischen Staaten zusammen. Vielmehr stehen ihrer Entfaltung die Strukturen eines monopolisierten politischen Systems entgegen, das die Artikulation von unabhängigem Bürgerprotest und die Herstellung einer kritischen öffentlichkeit zu unterbinden sucht. Umweltprotest, so er überhaupt geduldet wird, ist deshalb weitgehend auf spontane Formen im örtlichen Bereich oder auf das Engagement in offiziellen Institutionen und anerkannten gesellschaftlichen Organisationen reduziert. Erst die Pluralisierung des poli-

tischen Systems im Zuge des gegenwärtigen Reformprozesses in der Sowjetunion, Polen und Ungarn hat in jüngster Zeit Spielräume für Umweltbewegungen und Bürgerinitiativen westlicher Prägung eröffnet, die den gesellschaftlichen Druck auf die wirtschaftlichen und politischen Entscheidungsträger erhöht haben und vielleicht dem Umweltschutz jenen Stellenwert verleihen könnten, der erforderlich ist, um der alarmierenden Umweltzerstörung in Mittelosteuropa Einhalt zu gebieten.

Verlauf und Genesis von Umweltprotesten in sozialistischen Staaten sind nicht zuletzt aufgrund der schwierigen Untersuchungsbedingungen und der schlechten Materiallage bislang kaum untersucht worden. Eine Ausnahme bildet hier die Volksrepublik Ungarn, wo sich einzelne Sozialwissenschaftler und Politologen frühzeitig einer Analyse dieser Proteste und Bewegungen zugewandt haben. Im Rahmen verschiedener Forschungsprogramme, die vom Landesrat für technische Entwicklung, vom Landesamt für Natur- und Umweltschutz (OKTH) sowie von einzelnen Instituten in Auftrag gegeben wurden, sind neben theoretischen Expertisen auch einige Fallstudien über einzelne Umweltkonflikte und Bewegungen angefertigt worden[2].

Im Rahmen eines Forschungsaufenthaltes in Ungarn zwischen 1985 und 1987 hatte der Autor dieses Berichtes die Gelegenheit, diesen - zum überwiegenden Teil nur in Form interner Publikationen fixierten - Forschungsprozeß aus der Nähe zu beobachten. Zugleich konnte er durch eine Auswertung der Presseberichterstattung, durch die Unterstützung einzelner Einrichtungen und Wissenschaftler sowie durch persönliche Kontakte zu Umweltgruppen und Umweltengagierten umfangreiches Material zusammentragen, das auch jene Dokumente umfaßt, die zu diesem Zeitpunkt in den offiziellen Medien nicht veröffentlicht werden konnten. Diese zum überwiegenden Teil im Selbstverlag publizierten Quellen, die von der Osteuropa-Forschung nur selten rezipiert werden, stehen inzwischen über das Archiv der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen einer allgemeinen wissenschaftlichen Nutzung offen.

Den Kern der folgenden Darstellung bilden vier Fallstudien über Umweltproteste in Ungarn, die sich im Verlauf der achtziger Jahre an Konflikten unterschiedlicher Art entzündeten, darunter die Bewegung gegen das Staustufensystem am ungarisch-tschechoslowakischen Donauabschnitt. Anhand dieses Materials wird untersucht, wie die Proteste entstanden sind, welchen Verlauf sie genommen haben und welche Spielräume das politische System dem Umweltengagement der Bürger einräumt, wobei insbesondere den Veränderungen seit der Landesparteikonferenz im Mai 1988 Bedeutung beigemessen wird. Vorangestellt wird dieser Analyse eine knappe Skizze der Umweltprobleme und der Umweltpolitik in Ungarn.

II. Umweltprobleme und staatliche Umweltpolitik

Im Vergleich zu Polen, der CSSR und der DDR zeichnet sich Ungarn durch geringere Umweltbelastungen aufgrund seiner spezifischen Wirtschafts- und Energiestruktur aus: Zwar kann Ungarn heute nicht mehr als Agrarland gelten, trotzdem spielt der Agrarsektor nach wie vor eine bedeutendere Rolle als in anderen, hochindustriealisierten Staaten des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe[3]. Zugleich ruht die Energieversorgung Ungarns in sehr viel geringerem Maße auf der extrem schwefelhaltigen Braunkohle als etwa in der DDR oder der CSSR; ein Drittel der benötigten Energie produziert allein das Atomkraftwerk in Paks mit vier Reaktorblöcken á 440 Megawatt, Erdöl und Ergas hatten 1984 einen Anteil an der Energieversorgung von zusammen über 50 Prozent[4].

Auf der anderen Seite jedoch ist in Ungarn eine umfassendere staatliche Umweltpolitik erst in den achtziger Jahren entwickelt worden, so daß es zu einer Reihe von gravierenden Umweltproblemen aufgrund versäumter Schutzmaßnahmen gekommen ist. Zum Zweiten ist die industrielle Produktion auf den Budapester Raum und einige wenige Ortschaften im Norden des Landes konzentriert[5], wo sich die Umweltprobleme dementsprechend akkumulieren. Schließlich bringt die Landwirtschaft besonders für das Oberflächen- und Grundwasser Belastungen mit sich, deren Relevanz inzwischen durchaus mit

industriellen Umweltproblemen vergleichbar ist.

1. Umweltprobleme[6]

Die Luftbelastungen in Ungarn verursachen laut einer Aufstellung der Akademie der Wissenschaften jährliche Schäden in Höhe von 20-25 Milliarden Forint (0,8-1 Mrd. DM)[7]. Zwar gelten nur 7.000 km2 (= 7,6 %) der Landesfläche) als luftverschmutzt, doch leben hier 40 Prozent der Bevölkerung. Städte wie Miskolc, Dorog, Komárom und Budapest werden besonders in den Wintermonaten durch Schwefeldioxyd, Staub und andere Schadstoffe teilweise enorm belastet. Die ungarischen SO_2-Emissionen in Höhe von jährlich 1,2 Millionen Tonnen gehen zu drei Vierteln auf die Verwendung heimischer Kohle in den konventionellen Kraftwerken zurück und führen in Budapest und anderen Industrieorten während der Heizperiode zu regelmäßigen Überschreitungen der Immissionsgrenzwerte. Auch die Grenzwerte bei Kohlenmonoxyd, Blei und Formaldehyd werden besonders in den verkehrsreichen Gebieten häufig um ein Vielfaches überschritten. Zu hohen Staubbelastungen der Atmosphäre kommt es in der Tiefebene aufgrund der von der extensiven Landwirtschaft ausgelösten Winderosion.

Die zunehmende Verschmutzung der Oberflächengewässer und des Grundwassers ist vor allem eine Folge der unzureichenden Schmutzwasserentsorgung und der Intensivierung der Landwirtschaft. 800 von insgesamt 3063 ungarischen Siedlungen verfügten 1984 aufgrund überhöhter Nitratwerte über kein gesundes Wasser mehr und mußten mit Fernleitungen, mit Tanklastwagen oder abgefülltem Trinkwasser versorgt werden. Donau und Theiß gelten bei den meisten Schadstoffen als mittelmäßig, einige ihrer Zuflüsse als stark verschmutzt; die alarmierende Eutrophierung des Balatons konnte nur durch ein 1983 beschlossenes umfangreiches Investitionsprogramm gestoppt werden. Nur 18 Prozent des der Reinigung bedürfenden Schmutzwassers wurden 1984 in erforderlichem Maße gereinigt, der Ausbau der öffentlichen Kanalisation ist weit hinter dem des Wasserleitungsnetzes zurückgeblieben.

Besonders schwerwiegend sind die Versäumnisse des Umweltschutzes bei der Entsorgung der Siedlungsabfälle und des Sondermülls. 1984 war nur jeder fünfte Einwohner an die öffentliche Müllabfuhr angeschlossen, lediglich 40 Prozent der etwa 60 Millionen m³ Siedlungsabfälle werden ordentlich gelagert[8]. Ähnliches gilt auch für die flüssigen Siedlungsabfälle, die häufig von landwirtschaftlichen Genossenschaften praktisch unkontrolliert "entsorgt" werden. Die unsachgemäße Lagerung von Sondermüll hat in Ungarn wiederholt zu Vergiftungen des Erdreiches und der Trinkwasserbrunnnen geführt, zuletzt 1988 in der Ortschaft Monor[9]. "Die umweltgerechte Beseitigung und Unschädlichmachung eines Großteils der gefährlichen Abfälle", heißt es in dem 1986 erschienenen Umweltbericht des Zentralen Statistischen Amtes, "ist bis heute ungelöst"[10].

2. Umweltpolitik

Eine systematische staatliche Umweltschutzpolitik ist in Ungarn erst vergleichsweise spät eingeleitet worden und bis heute nicht voll ausgebildet. Erst im Dezember 1987 - 16 Jahre nach der DDR - wurde ein Ministerium für Umweltschutz und Wasserwesen eingerichtet. Bis dahin waren die Kompetenzen auf verschiedene Ministerien, das Landesamt für Wasserwesen und das Landesamt für Natur- und Umweltschutz verteilt. Das Ministerium, das erst nach der Überwindung langjähriger Widerstände der Industrie errichtet werden konnte, gilt als wenig durchsetzungsfähig und wird zudem dominiert vom Apparat des ehemaligen Landesamtes für Wasserwesen, das für das umstrittene Staustufensystem an der Donau verantwortlich zeichnet.

Ungarische Experten haben auch wiederholt Zweifel an der Qualität der eigenen Umweltschutzbestimmungen geäußert. "Als juristische Produkte bestehen sie sicherlich auf einer Reihe von Gebieten den internationalen Vergleich. Was jedoch die tatsächliche Umsetzung und die praktische Realisierung betrifft, haben wir gewiß nicht viel Recht zu prahlen"[11]. Das 1976 verabschiedete "Gesetz über den Schutz der Umwelt" ist nur ein allgemeines Basisgesetz ohne rechtsverbindliche

Vorschriften. Eine Verordnung über die Beseitigung des Sondermülls wurde erst 1981 - nach einer Trinkwasservergiftung in Vác - erlassen, eine Neuregelung der Kanalisation- und Schmutzwasserstrafe erfolgte 1984, eine differenzierte Luftreinhaltungsverordnung wurde 1986 verabschiedet. Bemängelt wird am ungarischen Umweltrecht vor allem, daß dieses zwar hohe Strafen und Abgaben androht, in der Praxis aber vielfach unwirksam bleibt, weil die Betriebe die Messungen ihrer Emissionen selber vornehmen und zudem über keine Investitionsmittel für den Umweltschutz verfügen.

Schwerpunkt der Umweltschutzinvestitionen waren in den vergangenen Jahren die Sanierung des Balatons, der Ausbau des Trinkwasser- und Kanalisationsnetzes und der Klärkapazitäten. Hinzu kamen Maßnahmen gegen die industrielle Luftverschmutzung insbesondere durch Staub und Schwefeldioxyd sowie der Bau von modernen Lagerstätten und Verbrennungsanlagen für Sondermüll. Insgesamt betrug die Summe der auf den Umweltschutz entfallenden Investitionen zwischen 1976 und 1983 jährlich 2-5 Milliarden Forint, was etwa 0,4-0,6 Prozent der ungarischen Bruttoproduktion entspricht[12]. Nach einem starken Rückgang der Investitionen bis 1983, stiegen sie danach kontinuierlich an. Durch diese Maßnahmen verbesserte sich die Wasserqualität des Balatons und sank die Luftverschmutzung vor allem durch Staub und Schwefeldioxyd. Allerdings reichen diesen Investitionsmittel nach Meinung ungarischer Fachleute bei weitem nicht aus, um die Umweltbelastungen nachhaltig zu reduzieren: "Die Schäden aus der Luftverschmutzung erreichen in Ungarn innerhalb von fünf Jahren eine Höhe von 130 Milliarden Forint, die geplanten 5 Milliarden Forint für ihre Verringerung reichen jedoch nicht einmal dafür, die weitere Verschlechterung der gegenwärtigen Lage zu verhindern"[13].

III. Umweltprotest in Ungarn - vier Fallstudien

Fragen des Umweltschutzes spielten in Ungarn im Bewußtsein der Bevölkerung bis vor wenigen Jahren eine weitgehend marginale Rolle. Seit Ende der siebziger Jahre kam es

jedoch zu einer wachsenden Zahl von Bürgerprotesten gegen drohende oder bereits vorhandene Umweltbelastungen, die in der Regel ihren Ursprung auf örtlicher Ebene (Sankt-Florians-Prinzip) oder in bestimmten Fachkreisen hatten. Der erste bekannt gewordene Fall dieser Art war 1977 die Schließung eine Metallwerkes in Nagytetény, nachdem eine Erkrankung von Kindern aufgrund erhöhter Bleibelastungen in der Bevölkerung für Unruhe gesorgt hatte. Bürgerbeschwerden in Vác deckten 1981 auf, daß die örtlichen Trinkwasserbrunnen durch die unsachgemäße Lagerung von Sondermüll vergiftet worden waren. Das daraufhin initiierte Programm zur Sondermüllbeseitigung stieß in verschiedenen Orten auf Widerstand, die als Standort für Deponien oder Verbrennungsanlagen vorgesehen waren, zum Beispiel in Zsámbék, Dorog und Leninváros. Proteste gab es 1983 auch gegen die Lärmbelästigung durch eine neue Landebahn des Budapester Flughafens. In den folgenden Jahren häuften sich ähnliche Fälle in anderen Ortschaften. Zuletzt protestierten Bürger erfolgreich gegen ein geplantes Lager für radioaktive Abfälle in Ofalu und gegen ein Bauxit-Bergwerk in Nyirád, das eine Abkühlung des heißen Sees von Hévíz verursachte[14]. Meist initiierten besser informierte und aktivere Bevölkerungsmitglieder die Protestaktion (Eingaben, Leserbriefe, Unterschriftensammlung) und suchten dafür die Unterstützung offizieller Institutionen (Volksfront, Kommunistischer Jugendverband, Verein für Stadtverschönerung, örtliche Volksvertretung) zu gewinnen. Die Zunahme solcher Bürgerproteste und ihre ungeklärte Rolle im politischen System dürfte wesentlich dazu beigetragen haben, daß in Ungarn Mitte der achtziger Jahre mit deren wissenschaftlicher Beobachtung begonnen wurde.

Im Folgenden sollen vier solcher Umweltproteste exemplarisch vorgestellt werden, die Aufschluß geben über die Spielräume und Grenzen ökologischen Bürgerengagements in Ungarn. Drei der skizzierten Fälle datieren aus der Zeit vor der Ablösung der Parteiführung unter János Kádár im Mai 1988 und geben Auskunft über Mechanismen der Konfliktaustragung im traditionellen sozialistischen System, in dem die kommunistische Partei über ein nahezu uneingeschränktes Handlungs- und Machtmonopol verfügt. Der erste Fall endete mit einem

Kompromiß, der zweite mit einer Niederlage, der dritte mit einem Erfolg der Umweltschützer. Der vierte Konfliktfall, die Auseinandersetzung um das Donau-Staustufensystem, zeigt, welch enorme Veränderungen die Rahmenbedingungen für politisches Bürgerengagament in Ungarn seit der 1988 einsetzenden Liberalisierung und Demokratisierung des politischen Systems erfahren haben.

1. Der Steinbruch Szársomlyó

Einer der ältesten Konflikte im Interessensstreit zwischen Ökonomie und Ökologie in Ungarn ist die Auseinandersetzung um den Betrieb eines Steinbruches in einem biologisch außergewöhnlich wertvollen Naturschutzgebiet in der Nähe von Pécs (Fünfkirchen). Seit 1944 steht ein Teil des südlichen Mecsek-Gebirges, der Szársomlyó-Berg, unter Naturschutz, weil sich dort aufgrund des mediterranen Klimas zahlreiche Tier- und Pflanzenarten finden, die in Ungarn geschützt, streng geschützt oder gar nicht mehr vorhanden sind. Andererseits wird hier schon seit Anfang dieses Jahrhunderts Stein abgebaut, weil die Kalksteinvorkommen, der sogenannte Siklóser Marmor, zu den besten im Lande zählen und insbesondere in der Konverterstahl-Produktion und in der Zuckerindustrie Verwendung finden.

Schon 1962 wandte sich der Rat des Komitates Baranya an das damalige Landesamt für Naturschutz, um die charakteristische Form des Berges zu schützen, doch dieses gestattete dem Steinbergbau-Unternehmen "Pannolit" den Kalksteinabbau in gewissen Grenzen, die nicht schriftlich festgelegt wurden. Nach heftigen internen Diskussionen wurde dem Unternehmen 1976 auch die Verantwortung für das Naturschutzgebiet übertragen, das sich 1981 durch die Eintragung von einer umfangreichen illegalen Ausdehnung des Betriebsgeländes auf 77 Prozent seiner ursprünglichen Größe verringert hatte. Auch die vorgeschriebenen Rekultivierungspläne waren bis 1985 nicht erstellt und eine Tropfsteinhöhle illegal abgebaut worden. Der Kalksteinabbau gefährdete zudem die Karstwasserschichten des Gebietes und brachte unzumutbare Umweltbelastungen für die Einwohner des Dorfes Nagyharsány mit

sich.

1984 wandten sich Mitglieder des Naturschutzklubs des Kommunistischen Jugendverbandes der Budapester Eötvös-Lórand-Universität mit Eingaben an das Landesamt für Natur- und Umweltschutz (OKTH) und an den Umweltschutzrat des Jugendverbandes. Im November desselben Jahres erschien ein kritischer Artikel in der Zeitschrift "Elet és Tudomány" (Leben und Wissenschaft)[15] und kündigte für den 23. November eine öffentliche Diskussionsveranstaltung in Pécs an. Diese genoß zunächst auch die Unterstützung des OKTH, konnte dann aber nicht stattfinden, weil alle Verantwortlichen absagten und die Veranstaltung als eine "Aktion der Opposition" bezeichnet wurde. "Man übte auf die örtlichen Veranstalter Druck aus, sich zu distanzieren, und die Polizei interessierte sich für die Organisatoren in Pécs und Budapest"[16]. In den Zeitungen und Zeitschriften konnten von nun an nur noch positive Artikel über den Steinbruch erscheinen, und im Dezember 1984 wurde im Pécser Amt des OKTH eingebrochen und sämtliches Aktenmaterial gestohlen, das den Szársomlyó-Berg betraf. Der Naturschutzklub bereitete mit Hilfe eines Rechtsanwaltes einen Strafantrag vor, um gerichtlich gegen die Rechtsverstöße des Steinbruch-Unternehmens vorzugehen.

In dieser Situation erklärte sich die Patriotische Volksfront (HNF) zur Vermittlung bereit, verlangte aber, die Diskussion nicht an die öffentlichkeit zu bringen. Im Juni 1985 wandte sich die HNF an den zuständigen stellvertretenden Minister mit konkreten Vorschlägen zur Einschränkung des Steinbruchs und empfahl, den Naturschutzklub in die Ausarbeitung der Schutzmaßnahmen miteinzubeziehen. Im September fanden ein Einigungsgespräch und eine Ortsbegehung statt, an denen auch der Naturschutzklub beteiligt wurde. Nunmehr berichtete auch die Presse wiederholt von den "beispielhaften" Einigungsbemühungen, ließ aber unerwähnt, daß die Diskussion von einem Naturschutzklub initiiert worden war[17]. Das OKTH, das inzwischen von der Regierung mit der Lösung des Konfliktes beauftragt worden war, schlug vor, die Produktion des Steinbruches auf lange Sicht einzustellen und eine Umweltfolgenstudie in Auftrag zu geben, die im

Frühjahr 1986 zur "gesellschaftlichen Diskussion" freigegeben wurde. Es verpflichtete das Unternehmen außerdem zur Aufstellung eines Rekultivierungsplanes. Der Naturschutzklub der Budapester Universität wurde ermächtigt, im März 1986 in Pécs eine öffentliche Veranstaltung zu organisieren, auf der sich die meisten Verantwortlichen gegen eine Schließung des Bergwerkes wandten und dies mit wirtschaftlichen Nachteilen und der Schwierigkeit, neue Arbeitsplätze zu schaffen, begründeten. Nur einige Umweltschützer und Vertreter des OKTH warnten vor einer unbegrenzten Weiterführung des Kalksteinabbaus.

Im Dezember 1986 fand dann ein endgültiges Einigungsgespräch zwischen OKTH und Bergwerksunternehmen statt, in dem vereinbart wurde, das der Steinbruch zur Jahrtausendwende geschlossen und bis dahin nur noch etwa 30 Meter weitergearbeitet werden solle. Die Einbeziehung von kritischen Umweltschützern in die Entscheidung über wirtschaftliche Fragen stellte damals ein Novum in Ungarn dar und war erst möglich geworden, nachdem die Volksfront und später auch das OKTH den Naturschutzklub als Gesprächspartner anerkannt hatten. Erleichtert wurde dies durch den legalen Status der Gruppe und die verhältnismäßig geringen wirtschaftlichen und politischen Risiken des Konfliktes. Diese partizipatorische Lösungsform eines Konfliktes wurde jedoch erst dann eingeschlagen, nachdem das OKTH mit dem zuständigen Ministerium eine Einigung erzielt hatte.

2. Die Sondermüllverbrennungsanlage Dorog[18]

Im Rahmen des Anfang der achtziger Jahre initiierten Entsorgungskonzeptes für Sondermüll wurde die Industriestadt Dorog als Standort für den Bau einer Müllverbrennungsanlage ausgewiesen, die mit Krediten der Weltbank von einer Schweizer Firma gebaut wird. Die Anlage soll den Sondermüll des gesamten Komitates Komarom sowie von drei Arzneimittelfabriken aufnehmen und jährlich 25.000 Tonnen Industrie-Sondermüll beseitigen. Sie entsteht im Innenstadtbereich rund 500 bis 800 Metern von einer in Windrichtung liegenden Wohnsiedlung und ist mit einem Elektrofilter und einer Rauchgas-

wäsche ausgestattet. Im November 1984 wurde das Projekt auf einer außerordentlichen Sitzung des Stadtrates bekanntgegeben und mit knapper Stimmmenmehrheit genehmigt. Die Freistellung von der obligatorischen Schutzzone von 1000 Metern gegenüber bewohntem Gebiet war bereits zuvor vom Landesamt für Umwelt- und Naturschutz und vom Gesundheitsministerium erteilt worden.

Einzelne interessierte Bürger fürchteten jedoch erhebliche gesundheitliche Risiken für die Bevölkerung durch die geplante Anlage, insbesondere wegen des ohne besondere Schutzvorrichtungen ausgestatteten Notschornsteins. Nach dem Beschluß des Stadtrates sammelten sie in Betrieben, Geschäften und auf der Straße 2.000 Unterschriften unter einen Protestbrief an die Patriotische Volksfront. Ein anderer Brief, der an den damaligen Parlamentsabgeordneten Imre Haimer gerichtet war und die Bitte enthielt, in dieser Angelegenheit die Interessen seiner Wähler zu vertreten, trug 500 Unterschriften. Dieser hatte bereits auf der Sitzung des Stadtrates mehrere Punkte beanstandet und verlangte nunmehr die Einberufung einer gesellschaftlichen Jury. Die Parteiführung des Komitates bezeichnete die Unterschriftensammlung zunächst als "organisierte Aktion" und führte sie auf die Uninformiertheit der Bürger zurück. Dann jedoch stimmte sie dem Vorschlag des Abgeordneten zu, da sie fürchtete, daß dieser die Angelegenheit sonst an den zuständigen Industrieminister weiterleiten würde.

Das "Komitee örtlicher Sachverständiger", dem neben verschiedenen Fachleuten auch zwei Kinderärztinnen angehörten, die verschiedentlich gegen die schweren Luftbelastungen in Dorog aufgetreten waren, trat mehrheitlich dafür ein, den vorgeschlagenen Standort zu verwerfen und neue Pläne auszuarbeiten. Nach den ersten beiden Sitzungen, in denen das Komitee die Planungsunterlagen erhielt, zeigte sich jedoch, daß ihm keine Entscheidungsbefugnisse eingeräumt worden waren und sein alternativer Standortvorschlag auf keine Resonanz stieß. Die dritte und letzte Sitzung ging schließlich mit der Ankündigung des Ratspräsidenten zu Ende, daß die Genehmigung wie vorgesehen erteilt werde. Das Komitee

wurde von den offiziellen Organen nicht länger als Verhandlungspartner anerkannt, weil es nicht zur Beruhigung der Bevölkerung beitrug und sein Standpunkt nicht mit dem der lokalen Führung übereinstimmte, die die Anlage tolerieren wollte, wenn andere Umweltschutzinvestitionen in Dorog getätigt würden. Auch nachdem nachträglich vier andere potentielle Standort untersucht wurden, entschieden sich das nationale Ansiedlungszentrum und der Stadtrat für den ursprünglichen Plan, weil dieser der kostengünstigste sei und aufgrund der Sicherheit der Technologie keine Gefährdungen verursache.

Erst im Frühjahr 1985 berichtete die ungarische Presse über den Konflikt in Dorog, der durch eine mangelhafte Information der öffentlichkeit ausgelöst worden sei[19]. Auf den Nominierungsversammlungen für die Wahlen zur Nationalversammlung im Juni 1985 wurde heftig über das Projekt diskutiert. Während die Parteivertreter das gesellschaftliche Komitee als eine "Privataktion" bezeichneten, widersetzte sich der bisherige Abgeordnete weiterhin den Plänen und wurde nicht wieder zum Kandidaten nominiert. Auf Stadtratsebene kandidierte ebenfalls einer der Kritiker, unterlag jedoch knapp gegenüber dem Ratspräsidenten, der sich im gleichen Bezirk zur Wahl stellte. Im Juli 1985 startete die Parteiführung erneut eine Kampagne für die Anlage, weil der Komitatsrat die Entscheidung des Stadtrates aufgehoben hatte und deshalb ein zweites Mal die Genehmigung der Ansiedlung beschlossen werden mußte. Obwohl sich die Proteste im Spätherbst 1985 auch auf das benachbarte Esztergom ausdehnten, wurde einige Monate später mit dem Bau der Anlage begonnen[20].

3. Die Mülltransporte nach Mosonmagyaróvár[21]

Landesweite Publizität erhielt 1986 die Auseinandersetzung um die Ablagerung von österreichischem Müll in der grenznahen Stadt Mosonmagyaróvár. Im August 1985 hatte das örtliche ungarische Müllentsorgungsunternehmen "Flexum" einen Vertrag mit zwei österreichischen Firmen abgeschlossen, jährlich 60.000 Tonnen österreichischen Müll abzunehmen und auf einer

Müllkippe nahe der Stadt abzulagern. Der Preis für die Müllabnahme sollte je nach Müllfraktion zwischen 150 und 260 österreichische Schillinge pro Tonne Müll betragen, so daß der jährliche Reingewinn des Geschäfts auf 12-15 Millionen Forint zuzüglich Deviseneinnahmen in Höhe von jährlich 360.000 Dollar geschätzt wurde[22].

Da der Müll keine gefährlichen Stoffe enthalten sollte, erklärte das Landesamt für Umwelt- und Naturschutz, daß ein Genehmigungsverfahren nicht erforderlich sei. Tatsächlich hatte die örtliche Wasserdirektion jedoch festgestellt, daß der als "Fichtenholzasche" deklarierte Teil des österreichischen Mülls erheblich mehr Schwermetalle enthielt, als in Ungarn gesetzlich zugelassen sind. Bei einer Rundfunkdiskussion im November, deren Ausstrahlung verhindert wurde, erklärte ein österreichischer Ingenieur, daß der Stadtrat von Graz die Ablagerung dieses Mülls untersagt hätte und der zur Anreicherung des Hausmülls verwandte Klärschlamm Schwermetalle und andere gefährliche Stoffe enthielte. Im Januar 1986 legte das wissenschaftliche Forschungszentrum für Wasserwirtschaft einen Bericht vor, demzufolge in dem österreichischen Müll bedeutende Mengen Schwermetall enthalten wären und die Trinkwasserbrunnen der Stadt bereits bei einer Reihe von Stoffen übermäßig belastet seien. Bis zu einer gründlichen Untersuchung der Abfälle sollten die Transporte ausgesetzt werden, da mögliche gefährliche Stoffe ausgewaschen und durch die Strömung des Grundwassers von der Müllkippe zu den zwei Kilometern entfernten Trinkwasserbrunnen gelangen könnten.

Kritisiert wurde das Müllgeschäft vor allem von der landwirtschaftlichen Fakultät in Mosonmagyaróvár sowie vom Fachausschuß Umweltschutz des Vereins für Stadterhaltung, der im März 1986 eine ausführliche Stellungnahme vorlegte. Bei der "Fichtenholzasche" handele es sich danach in Wirklichkeit um Schlacke aus der Müllverbrennung, die aufgrund ihres hohen Schadstoffgehaltes als Sondermüll gelten müsse. Der Fachausschuß empfahl dem Exekutivkomite des Stadtrates, die Einstellung der österreichischen Müllimporte anzuordnen, bis eine gründliche Untersuchung des Mülls erfolgt sei. Auch

der Vorsitzende des Umweltrates der Patriotischen Volksfront, Imre V. Nagy, setzte sich für eine Einstellung der Transporte ein[23], nachdem die HNF anfangs den Standpunkt vertreten hatte, der fremde Müll sei ein "kostenloses Mittel zur Humusbildung und Landschaftsrekultivierung"[24].

Die Budapester Behörden verhängten jedoch eine Nachrichtensperre über das Thema, die der Präsident des Landesamtes für Umwelt- und Naturschutz damit begründete, daß die guten Beziehungen zu österreich nicht gefährdet werden sollten[25]. Auch die örtliche Parteiführung stellte sich hinter die Aktivitäten des kommunalen Müllbeseitigungsunternehmens, und der Parteisekretär des Komitates bezeichnete das Müllgeschäft als "eine gute Sache". Das Problem bestehe lediglich darin, "die Kontrolle so perfekt auszuführen, daß kein gefährlicher Müll hereinkommen kann. (...) Aufgabe der Umweltschützer ist es also, dies zu lösen und nicht, das ganze vorteilhafte Geschäft zu beenden"[26].

Die Kritiker betonten demgegenüber, daß eine echte Kontrolle der eingeführten Stoffe weder stattfinde noch überhaupt möglich sei. Da man die Herkunft des Mülls nicht kennte und die österreichischen Geschäftspartner offensichtlich unwahre Angaben machten, müßte der Müll theoretisch jedesmal auf Tausende gefährliche Stoffe untersucht werden. In breiten Bevölkerungskreisen löste vor allem die Tatsache Unmut aus, daß der gefährliche Müll aus dem Ausland nach Ungarn kam, so daß sich nunmehr auch die Leitung der Patriotischen Volksfront bei der Budapester Regierung für einen Stop der Müllimporte einsetzte. Im Juni 1986 faßte diese einen entsprechenden Beschluß, der von den Medien des Landes in großer Aufmachung gewürdigt wurde[27].

4. Das Donau-Staustufensystem[28]

Der zahlenmäßig und politisch bedeutsamste Umweltprotest in Ungarn ist zweifellos im Zusammenhang mit Plänen der ungarischen und tschechoslowakischen Regierung entstanden, am gemeinsamen Donauabschnitt ein 200 Flußkilometer umfassendes Staustufensystem zu bauen. Das Projekt, das auf Pläne des

Budapester Planungsbüros für Wasserkraft aus dem Jahre 1951 zurückgeht, umfaßt einen 60 km² großen Stausee bei Bratislava, von dem aus ein 30 Kilometer langer, durch tschechoslowakisches Gebiet geführter Seitenkanal den Großteil der bislang im Donaubett fließenden Wassermassen zur Ortschaft Gabcikovo führt, wo eine Staumauer und ein Kraftwerk für die Produktion von 720 Megawatt Spitzenlastenergie vorgesehen sind. Um die vier Meter hohe Flutwelle zu bändigen, die durch das zweimal täglich geplante Anstauen und Ablassen des Donauwassers entstehen würde, müßte im Donauknie in der Höhe von Visegrád und Nagymaros ein weiteres Wasserkraftwerk mit Staumauer errichtet werden, das noch einmal 160 Megawatt Elektroenergie produziert. Die Kosten für das Projekt betragen mindestens 130 Milliarden Forint (4,3 Mrd. DM)[29], die beide Staaten nach einem Vertrag aus dem Jahre 1977 ebenso wie die Energieausbeute gemeinsam teilen wollen.

Kritik, daß das Projekt erhebliche Umweltbeeinträchtigungen zur Folge haben könnte und zudem einen Teil des schiffbaren Donaulaufes auf tschechoslowakisches Gebiet verschiebt, wurde bereits in den fünfziger Jahren geäußert[30]. Nach dem Abschluß des ungarisch-tschecholowakischen Vertrages im Jahre 1977 wurden in verschiedenen Untersuchungen, Artikeln und Diskussionen ähnliche Befürchtungen laut[31]. Die Akademie der Wissenschaften bildete einen interdisziplinären Problemausschuß, der 1983 einen Bericht vorlegte, in dem die Einstellung der Pläne gefordert wurde. Auch das Landesamt für Umwelt- und Naturschutz (OKTH) rügte die Vernachlässigung möglicher negativer Folgen für die natürliche Umwelt und verlangte die Anfertigung einer Umweltfolgen-Untersuchung, mit deren Erstellung jedoch einer der Hauptbefürworter des Projektes, das Landesamt für Wasserwesen (OVH), von der Regierung beauftragt wurde.

Aufgrund der hohen Kosten und technisch-materieller Probleme wurden vor allem auf ungarischer Seite bis Mitte der achtziger Jahre nur geringfügige Arbeiten an dem Projekt geleistet, das 1990 fertiggestellt werden sollte. Nach mehrjährigen Verhandlungen erwirkte die ungarische Regierung 1983 eine Verschiebung der Fertigstellungszeiten, wonach das

Kraftwerk Nagymaros erst 1993 in Betrieb gehen sollte. Im Januar 1984 fand im Budapester Rakpart-Klub die erste öffentlich Diskussion über das Staustufensystem statt, zu der jedoch nur die Kritiker erschienen, die im Anschluß an die Versammlung ein gesellschaftliches "Komitee für die Donau" gründeten. Auch die Jahresversammlung des Ungarischen Architektenverbandes forderte, die Pläne zu überprüfen, während der Schriftstellerverband aufgrund von politischem Druck auf eine kritische Stellungnahme verzichtete.

Die Kritiker befürchteten vor allem eine Gefährdung der unterirdischen Trinkwasserreserven durch die Umleitung des Flußwassers in einen rundum betonverschalten Kanal und die künstlichen Veränderungen am Grundwasserspiegels. Der alte Donaulauf, der mit seinen zahlreichen Inseln, Nebenarmen, Feuchtwiesen, verlandeten Flächen, Uferabbrüchen und Waldsukzessionen wie ein natürliches Sieb wirkt, würde zu einem stinkenden Rinnsal verkommen, während das Anstauen und plötzliche Ablassen der Wassermassen gezeitenähnliche Zustände hervorrufen würde. Das Staustufensystem zerstöre nicht nur wertvolle Ackerflächen, sondern auch rund 10.000 Hektar Auwald. Das Stauwerk bei Nagymaros schließlich sei auch wirtschaftlich unrentabel und zerschneide eine der schönsten und historisch wertvollsten Landschaften Ungarns.

Das "Komitee für die Donau" initiierte 1984 eine Unterschriftensammlung für einen Brief an die Nationalversammlung und die Regierung, in dem ein Baustop für das Staustufensystem gefordert wurde[32]. An zahlreichen Orten organisierte es Vorträge, oftmals in Zusammenarbeit mit anderen Institutionen und Organisationen. Nachdem die Gruppe auf rund 300 Mitglieder anwuchs, beantragte sie im März eine Anerkennung als "Verein zum Schutz der Donaulandschaft" und verhandelte zu diesem Zweck mit dem früheren Präsidenten des OKTH, György Gonda, und dem damaligen Generalsekretär der Patriotischen Volksfront, Imre Pozsgay. Gonda, der selber in einer Stellungnahme eine erhebliche Reduzierung der Pläne gefordert hatte[33], erklärte sich grundsätzlich einverstanden, die Aufsicht über den Verein zu übernehmen. Dazu kam es jedoch nicht, da Gonda wenig später wegen seiner Kritik an der

Regierungspolitik pensioniert und die Leitung des OKTH umorganisiert wurde, so daß sich ein Teil des Bürgerkomitees im September als formlose Initiative unter dem Namen "Donau-Kreis" konstituierte.

Die öffentlichen Aktivitäten der Umweltschützer wurden dadurch erschwert, daß die Regierung zwischen April 1984 und August 1985 ein Publikationsverbot über die Angelegenheit verhängte und nur noch die im Selbstverlag publizierten Schriften des Donau-Kreises und der Opposition als Informationsträger zur Verfügung standen. Auch die fachlichen Institutionen konnten nur noch intern Stellung beziehen, OKTH und MTA wurden - wegen ihrer kritischen Haltung[34] - aus dem Entscheidungsprozeß weitgehend ausgegliedert. Trotz verschiedentlicher Eingriffe von Polizei und Vorgesetzten am Arbeitsplatz unterschrieben bis November 1984 rund 10.000 Menschen den Appell des Donau-Kreises, doch nur 6.000 Unterschriften konnten davon offiziell eingereicht werden, da mehrere Tausend bei einer feuerpolizeilichen Kontrolle "verschwanden". Auch im Vorfeld der Wahlen zur Nationalversammlung im Juni 1985, bei denen erstmals zwischen mehreren Kandidaten gewählt werden konnte, spielte das Thema Staustufensystem eine Rolle auf Nominierungsversammlungen und Flugblättern. Versuche von einzelnen Umweltschützern und Oppositionellen, selber zu kandidieren, wurden von der Partei vereitelt[35].

In eine neue Phase trat die Auseinandersetzung, als die Regierung im August 1985 die Fertigstellung der Umweltfolgen-Studie meldete und eine Pressekampagne zur Popularisierung des Projektes initiierte. Der Ministerrat verpflichtete die für die Durchführung zuständigen Organe, die notwendigen Maßnahmen zur Erfüllung der zwischenstaatlich vereinbarten Aufgaben zu treffen und erklärte, die wissenschaftlichen Untersuchungen hätten bestätigt, daß die Qualität der Wasservorkommen gewahrt blieben[36]. Außerdem wurde ein Planungswettbewerb ausgeschrieben für bauliche und begrünende Lösungen beim Bau der Staustufe von Nagymaros, zu dem jedoch fast ausschließlich ablehnende Stellungnahmen eingingen.

Trotz der Regierungsentscheidung verstärkte sich der Widerstand gegen das Staustufensystem. Eine anonyme Gruppe "Die Blauen" wandte sich an alle Parlamentsabgeordnetenm und verteilte rund 10.000 Flugblätter in Briefkästen[37]. Eine andere Gruppe mit dem Namen "Freunde der Donau" griff dagegen den internen Vorschlag der MTA und der früheren OKTH-Leitung auf, wenigstens auf den Spitzenlastbetrieb in Gabcikovo und damit auch auf den Staudamm im Donauknie zu verzichten. Der "Donau-Kreis" erhielt erheblichen Auftrieb durch die Verleihung des "alternativen Nobel-Preises" in Höhe von 25.000 Dollar, der von der "Right Livelihood Foundation" im schwedischen Parlament im Dezember 1985 dem Sprecher des Donau-Kreises, János Vargha, überreicht wurde[38]. Allerdings durften die ungarischen Medien darüber nicht berichten, und die mit der Geldsumme geplante Gründung einer unabhängigen Umwelt-Stiftung unter Aufsicht der Akademie der Wissenschaften wurde von den Behörden verhindert[39].

Die internationalen Dimensionen des Protestes gewannen an Bedeutung, als Ende 1985 bekannt wurde, daß österreichische Firmen den Mangel an Kapital und Baukapazitäten auf ungarischer Seite durch die Ausführung des Kraftwerksbaus von Nagymaros ausgleichen sollten[40]. Die ungarischen Kritiker hatten bis dahin die Hoffnung gehegt, daß eine Realisierung des Projektes wenn schon nicht an ihren ökologischen Bedenken, so doch an den hohen Kosten und den fehlenden ungarischen Mitteln scheitern könnte. Nunmehr wollten österreichische Banken einen Kredit in Höhe von 7 Milliarden Schillingen bereitstellen, mit dem das Kraftwerk Nagymaros zu 70 Prozent von österreichische Baufirmen errichtet werden sollte. Zur Rückzahlung waren über 20 Jahre hinweg jährliche Stromlieferungen in Höhe von 1,2 Milliarden Kilowattstunden vorgesehen.

Die "Freunde der Donau" kritisierten das geplante Geschäft in einer Erklärung vom Dezember 1985 als eine "schwere Einmischung" und als unvereinbar mit der Stockholmer Umweltschutz-Konvention von 1972. Weil Ungarn mehr Energie liefern müsse, als das Kraftwerk Nagymaros selber produzieren werde, und zudem die hohen Betriebskosten zu zahlen

hätte, sei der Vertrag auch wirtschaftlich und energiepolitisch abzulehnen. In einem Flugblatt kritisierten auch "Die Blauen" das Geschäft als "Ausverkauf unserer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kraftquellen und unserer natürlichen Schätze". In einem offenen Brief wandten sie sich an die Bürger österreichs mit der Bitte, die österreichische Beteiligung an dem Staustufensystem zu verhindern[41]. Der "Donau-Kreis" wandte sich schließlich mit dem selben Ziel an österreichische und westdeutsche Umweltschützer. Gemeinsam gaben sie im Januar 1986 - zum ersten Mal seit 1956 - auf einer unabhängigen Pressekonferenz in Budapest ihre Entschlossenheit zur Zusammenarbeit bekannt[42].

Entgegen den Absichten des Donau-Kreises und ihres Sprechers, János Vargha, erfuhr die anfangs vorwiegend fachlich geführte Auseinandersetzung um das Staustufensystem durch diese Entwicklung eine zunehmende Politisierung. Diese drückte sich auch darin aus, daß eine Reihe von Oppositionellen, kritischen Schriftstellern und Teilnehmern am Volksaufstand von 1956 im November 1985 eine Unterschriftensammlung für die Abhaltung einer Volksabstimmung über diese Frage startete. Mit ihrem Antrag an den Präsidialrat der Volksrepublik Ungarn, dem formellen Staatsoberhaupt, knüpften sie an Vorschläge des damaligen Volksfront-Generalsekretärs, Imre Pozsgay, an und beriefen sich auf den diesbezüglichen Verfassungsparagraphen 30, 1, der jedoch niemals angewandt worden war. Im Januar 1986 reichten die Initiatoren den Antrag zusammen mit 2.665 Unterschriften ein, erhielten jedoch einige Monate später zur Antwort, daß die Durchführung einer Volksabstimmung in diesem Fall "unbegründet" sei.

Im Vorfeld der für Ende Mai 1986 geplanten Unterzeichnung des österreich-ungarischen Vertrages verschärften sich die innenpolitischen Auseinandersetzungen um das Staustufensystem. Der "Donau-Kreis" beschloß, im Februar zusammen mit österreichischen Umweltschützern einen "Umweltspaziergang" zur Budapester Margaretheninsel zu veranstalten, doch verschiedene seiner Mitglieder wurden jetzt zu Gesprächen mit ihren Vorgesetzten oder zur Kriminalpolizei zitiert und vor

dem Vorhaben gewarnt. Der "Donau-Kreis" sagte deshalb die Aktion kurzfristig wieder ab, doch rund 100 Personen, unter ihnen eine Reihe von ausländischen Staatsangehörigen, kamen trotzdem zum verabredeten Treffpunkt und begannen, sich in kleinen Gruppen zur Margaretheninsel zu begeben. Polizisten stoppten die Gruppe, zerstreuten sie unter Anwendung von Gummiknüppeln und zerrten einen österreichischen Journalisten unter Einsatz von Tränengas in ein Polizeiauto. Von zahlreichen Anwesenden wurden die Personalien festgestellt, gegen János Vargha ein Disziplinarverfahren vor dem Ethischen Ausschuß des Journalistenverbandes eingeleitet.

Der mißlungene Umweltspaziergang und die anschließende Diskussion unter den Kritikern, ob seine Absage durch den "Donau-Kreis" ein Fehler gewesen sei[43], markierte den Beginn des allmählichen Zerfalls der Protestbewegung, die nunmehr an der Entschlossenheit der Regierung, das Projekt wie geplant zu realisieren, keinen Zweifel mehr haben konnte. Zwar wandten sich "Die Blauen" mit einem weiteren Flugblatt an die öffentlichkeit, in dem sie um Unterstützung für die Forderung nach einer Volksabstimmung warben, und das Europa-Parlament forderte die beteiligten Regierungen auf, das Projekt aufzugeben. Im April diskutierte auch der Parlamentsausschuß für Siedlungsentwicklung und Umweltschutz erneut über die Pläne, und der "Donau-Kreis" wandte sich mit Eingaben an den Wirtschaftsausschuß der ungarischen Regierung und an den österreichischen Nationalrat. Schließlich riefen 30 prominente ungarische Bürger, darunter der Schriftsteller György Konrád und der ehemalige Ministerpräsident András Hegedüs, in einer ganzseitigen Anzeige in der Wiener Zeitung "Die Presse" die österreichische öffentlichkeit dazu auf, die österreichische Beteiligung an dem Projekt zu verhindern[44]. Nach einer Welle heftiger Kritik an der Aktion in den ungarischen Medien[45], unterzeichneten schließlich die beteiligten österreichischen und ungarischen Unternehmen im Mai 1986 den Vertrag, der in einer gemeinsamen Erklärung vom stellvertretenden ungarischen Ministerpräsidenten József Marjai, und vom österreichischen Vizekanzler Norbert Steger bekräftigt und wenige Tage später vom österreichischen Parlament durch ein entsprechendes Gesetz abge-

sichert wurde[46].

Der "Donau-Kreis" und die "Freunde der Donau" protestierten in Erklärungen gegen den Vertragsabschluß, den sie als "unermeßlich zynisch" und als "bewußten Export" von Umweltzerstörung bezeichneten[47]. In einem Gespräch mit dem Wirtschaftsausschuß der ungarischen Regierung und in Pressekonferenzen mit ausländischen Umweltschützern setzte sich der "Donau-Kreis" weiter für einen Stop des Projektes ein, doch die Bauarbeiten machten nunmehr rasche Fortschritte. Während sich die Hoffnungen des "Donau-Kreises" darauf richteten, wenigstens die Staustufe von Nagymaros zu verhindern, und er dabei weiter Unterstützung aus österreich und der Bundesrepublik erhielt, bröckelte der Widerstand in Ungarn immer mehr ab. Während János Vargha im Dezember 1986 seinen Arbeitsplatz verlor, erklärte der Ministerrat nach einer Sitzung, daß sich trotz zusätzlicher Investitionen für den Umweltschutz, die unter anderem eine künstliche Wasserversorgung des Donaubettes ermöglichen sollen, an der Grundkonzeption des Projektes nichts geändert hätte[48].

Trotz des scheinbar verlorenen Kampfes erwachte die Donau-Bewegung 1988 zu neuem Leben, als - unter dem Einfluß der sowjetischen Reformbestrebungen - in Ungarn ein Prozeß der Pluralisierung und Demokratisierung einsetzte, der nach der Ablösung der alten Parteiführung unter János Kádár im Mai ein immer rascheres Tempo annahm. Nunmehr tolerierten die Behörden eine unabhängige Demonstration des "Donau-Kreises", der "Bajcsy-Zsilinszky-Gesellschaft" sowie österreichischer Umweltschützer, die wenige Tage vor der entscheidenden Landesparteikonferenz in Budapest stattfand und über die erstmals auch die ungarischen Medien berichteten. Auch die kritischen Einwände fanden in der Presse Niederschlag, wenngleich häufig mit dem Hinweis verbunden, daß der Bau aus wirtschaftlichen Gründen nun nicht mehr gestoppt werden könnte. Im Juli 1988 empfing der neu ins Politbüro gewählte Reformpolitiker Rezső Nyers erstmals eine Delegation der Umweltschützer, zu der auch der Sprecher des "Donau-Kreises", János Vargha, gehörte.

Im September 1988 veranstaltete der "Donau-Kreis" eine internationale Umweltschutz-Konferenz in Budapest, an der sich auch die Akademie der Wissenschaften beteiligte. Noch vor der Verabschiedung des neuen Vereinigungs- und Versammlungsgesetzes konnte er sich der Kreis im November offiziell als Verband registrieren lassen und informierte in Budapest und der Provinz an selbst ausgerufenen "Donau-Tagen" die Bevölkerung über das Staustufenprojekt. Auch die Stiftung aus den Geldern des alternativen Nobelpreises konnte nun ihre Arbeit aufnehmen. Ende Januar 1989 hielten die wichtigsten Umweltgruppen unter dem Titel "Zöld Hullám" (Grüne Welle) eine Beratung ab, auf der sie u.a. einen Rechtsausschuß bildeten, der die zahlreichen geplanten neuen Gesetze unter ökologischen Kriterien prüfen soll. Im März forderten sie auf einer Demonstration vor dem Gebäude des Ministeriums für Umweltschutz und Wassserwesen den Rücktritt des Ministers László Maróthy, der das Staustufensystem unvermindert unterstützte.

Vor allem aber wurde das in Bau befindliche Staustufen-Projekt zunehmend zum Gegenstand einer Machtprobe zwischen Führung und Opposition, deren Organisationen, die nach dem Führungswechsel wie Pilze aus dem Boden schossen, geschlossen gegen den Bau votierten. Dabei fanden sie nun erstmals auch in der ungarischen Nationalversammlung Unterstützung, da einzelne Abgeordnete den Vorgaben der Führung inzwischen nicht mehr Folge leisteten. Der im Januar 1988 aus der Partei ausgeschlossene Abgeordnete Zoltán Király forderte im Sommer - zunächst im zuständigen Ausschuß, dann im Plenum der Nationalversammlung - einen sofortigen Baustop sowie die Einsetzung einer internationalen Expertenkomission. Unter den neuen politischen Bedingungen empfing der Vizepräsident des Parlamentes eine Delegation von Bürgerinitiativen, deren Petition sodann in den Korridoren des Parlamentsgebäudes ausgelegt wurde. Im Oktober 1988 stand dann das Projekt erstmals im Parlament zur Abstimmung, während draußen die Staustufen-Gegner demonstrierten; von 367 Abgeordneten stimmten 19 dagegen, 31 - darunter Rezső Nyers - enthielten sich der Stimme[49].

Die verschiedenen Umweltinitiativen, die sich zu einem Aktionsbündnis zusammengeschlossen hatten, nahmen die Entscheidung des Parlamentes zum Anlaß, ein weiteres Mal Unterschriften für die Abhaltung einer Volksabstimmung zu sammeln. Im November 1988 verständigte sich nunmehr auch das ZK nach langem Widerstand über die Grundzüge eines Gesetzes über Volksabstimmungen, wonach 100.000 Menschen ein Plebiszit verlangen können, doch im Fall des Staustufensystems lehnte die Führung eine solche weiterhin ab. Als im März 1989 130.000 Menschen den Aufruf unterschrieben hatten, brachten einige Abgeordnete das Thema erneut auf die Tagesordnung des Parlamentes, vor dem sich Ministerpräsident Németh nun überraschend bereiterklärte, bis zur nächsten Sitzung die Frage eines Referendums zu prüfen, einen Gesetzentwurf über Volksabstimmungen vorzulegen und bis dahin nichts am Projekt zu tun, was "nicht mehr wiedergutzumachen" sei[50]. Im Mai 1989, noch vor der entscheidenden Parlamentssitzung, verkündete Ministerpräsident Németh schließlich die Einstellung der Bauarbeiten am Kraftwerk Nagymaros und kündigte Verhandlungen an über die Modalitäten eines endgültigen ungarischen Ausstieges aus dem Projekt.

Die Regierung nahm mit dieser unerwarteten Kehrtwendung nicht nur den Konflikt mit den konservativen Parteikreisen und der starken Lobby des Energie- und Wasserwesens in Kauf, sondern auch die Brüskierung ihrer österreichischen und tschechoslowakischen Vertragspartner, die nunmehr Schadensersatz und möglicherweise auch die Zahlung einer Konventionalstrafe fordern werden. Westliche Experten vermuten, daß 40 bis 60 Prozent der riesenhaften, jedoch nie genau bezifferten Investitionssumme für die CSSR verloren sind, da mit dem Verzicht auf Nagymaros auch kein Spitzenlastbetrieb in Gabcikovo möglich ist[51]. Während die slowakische Teilrepublik in Bratislava Ungarn Völkerrechtsbruch vorwarf, heißt es demgegenüber in einer Expertise des Budapester Rechtswissenschaftlers László Valki, daß die ungarische Regierung die Verträge, wie bereits mehrfach geschehen, in Verhandlungen lediglich abändern müsse[52]. Eine Entschädigung für die Investitionen in das Staustufenprojekt, das auf ungarischer Seite bereits zu 25 Prozent und auf tschechoslowakischer

Seite sogar zu über 60 Prozent fertiggestellt ist, könne zudem im RGW nur auf Basis von Warenlieferungen erfolgen. An der gegenwärtigen Entschlossenheit der ungarischen Regierung, auf das Kraftwerk Nagymaros zu verzichten und damit einen die Opposition zunehmend stärkenden innenpolitischen Konflikt zu beenden, kann jedenfalls kein Zweifel bestehen.

IV. Umweltprotest im Sozialismus - Ursachen und Bedingungen

1. Entstehungsursachen

Die Gründe, die zur Entstehung von Umweltprotesten führen, sind - selbst in westlichen Gesellschaften - vielfältig und auch mit einem sozialwissenschaftlichem Analyseinstrumentarium nur annäherungsweise zu erfassen. Umso größer sind diese Schwierigkeiten im Zusammenhang mit Ungarn, wo die diesbezügliche Forschung erst in den Anfängen steckt. Gleichwohl lassen sich einige Faktoren nennen, die die Herausbildung eines Bürgerengagements in Umweltfragen in einem sozialistischen Land wie Ungarn trotz des monopolisierten politischen Systems begünstigt haben.

Das Beispiel des Konfliktes um den Steinbruch von Szársomlyó zeigt, daß eine auch in Ungarn vorhandene spezifische Tradition des Naturschutzes in einem schmalen gesellschaftlichen Milieu eine überdurchschnittliche Sensibilität für die Zerstörung von bedrohten Naturschätzen hervorbringt, die unter bestimmten Umständen auch in eine Konfliktbereitschaft münden kann. Ein solches Potential ist insbesondere wirksam in Organisationen wie dem "Ungarischen Bund der Naturfreunde", dem "Landeskreis der Tierfreunde István Fekete" oder dem "Vogelkundlichen Verein". Das Wissen über bestimmte ökologische Zusammenhänge kann - wie im Fall des Staustufensystems - auch in anderen umweltrelevanten Bereichen Proteste von Fachleuten hervorrufen.

Ein zweiter Faktor dürfte die quantitative und qualitative Zunahme negativer Auswirkungen der Industrialisierung sein, die angesichts einer unterentwickelten Umweltschutzgesetzge-

bung vermehrt unmittelbare Belastungen oder Bedrohungen für die Bevölkerung mit sich bringen. Alarmiert durch das Bekanntwerden gesundheitlicher Schädigungen in anderen Orten, reagieren insbesondere bislang von solchen Folgeerscheinungen der Industriegesellschaft weitgehend unberührte Lebensgemeinschaften mit spontaner Furcht und Abwehr. Diese lokalen Umweltproteste, die in der Bundesrepublik bereits in den sechziger und siebziger Jahren stattfanden, sind meistens nicht von grundsätzlichen ökologischen Überlegungen getragen, wurden aber, wie bei dem erfolgreichen Widerstand gegen eine Sondermülldeponie in Zsámbék, zum Teil von den offiziellen politischen Strukturen der Kommune mitgetragen. Nur wenn diese bereits eingebunden sind in eine bestimmte umweltgefährdende Entscheidung, sei es aufgrund von politischem Druck der Zentrale oder aufgrund bestimmte Interessensvorteile, und wenn es dem Protestkern nicht gelingt, zusätzliche zentrale politische Ressourcen etwa durch die Unterstützung der Volksfront zu mobilisieren, bleibt der Protest - wie in Dorog - erfolglos.

Ein dritter Faktor ist die Zunahme postmaterieller Orientierungen und Partizipationsbestrebungen auch in sozialistischen Staaten, wie sie für westliche hochentwickelte Industriegesellschaften schon seit längerem typisch sind[83]. Diese finden sich insbesondere in der nach dem II. Weltkrieg aufgewachsenen Generation, die unter Bedingungen relativer materieller und politischer Sicherheit aufgewachsen ist[84], und zwar in denjenigen Schichten, die über ein relativ großes Bildungsniveau und überdurchschnittliche Möglichkeiten der Selbstverwirklichung verfügen. Diese Schichten reagieren auf Gefährdungen der Lebenswelt durch Rüstung oder Umweltzerstörung mit überdurchschnittlicher Sensibilität und zeigen eine Bereitschaft zur Bildung von neuartigen sozialen Bewegungen, die politisches Engagement in stärker selbstbestimmter Weise ermöglichen als traditionelle Organisationen. Insbesondere die Protestbewegung gegen das Donau-Staustufensystem trug in ihrem Verlauf und in der Zusammensetzung ihrer Träger Züge einer solchen "neuen sozialen Bewegung", die kurzfristig einen hohen Mobilisierungsgrad bewirken kann, zu ihrer vollen Entfaltung jedoch demokratische Rah-

menbedingungen und eine verstärkende öffentlichkeit benötigt.

Schließlich dürfte auch eine gewisse Rolle spielen, daß in Ungarn - wie in allen sozialistischen Staaten - seit der UNO-Umweltschutzkonferenz 1972 in Stockholm ein offizielles gesellschaftliches Umweltengagement initiiert wurde[55]. Damit wurde in erster Linie die Patriotische Volksfront beauftragt, die drei Landeskonferenzen (1973, 1976 und 1984) zum Umweltschutz veranstaltete und einen Arbeitsausschuß beim Präsidium zu diesem Thema bildete[56]. In den achtziger Jahren wurde auch der Kommunistische Jugendverband in diesem Bereich aktiv, der 1984 einen Jugendrat Umweltschutz gründete. Unter seinem Dach und dem anderer Institutionen entstanden in der ersten Hälfte der achtziger Jahre zahlreiche Zirkel, Klubs oder Vereine, in denen sich Schüler, Jugendliche und Erwachsene für den Umweltschutz engagierten. Auch in der Presse sowie in der Innen- und Außenpolitik hat das Thema Umwelt seit Mitte der achtziger Jahre wachsende Beachtung gefunden, wobei sich die verschiedenen extern und intern wirkenden Faktoren, die die Sensibilität für Umweltfragen stimulieren, gegenseitig verstärkt haben.

2. Wirkungsmöglichkeiten

Gesellschaftliche Umweltproteste kollidieren in traditionellen sozialistischen Systemen mit dem politischen Handlungsmonopol der kommunistischen Partei und der von ihr abhängigen Organisationen. Legale Artikulationsmöglichkeiten boten in Ungarn bis zur Ablösung der Kádár-Führung nur die offiziellen Institutionen wie Volksfront, Jugendverband, Schulen, Studentenwohnheime, einige Vereine und in Einzelfällen auch die Entscheidungsorgane von Staat und Partei (Stadtrat, örtliche Parteiführung, Abgeordnete etc.).

In der Volksfront, dem Jugendverband und einigen weiteren gesellschaftlichen Organisationen ist das Umweltengagement Teil des ritualisierten Politikprozesses gewesen, d.h. es war stark zentralisiert, unterlag der Pflicht zur Rechenschaftslegung und Arbeitsplänen und war deshalb häufig vor

allem der Erstellung von Erfolgsbilanzen verbunden, hinter denen sich nur geringfügige tatsächliche Aktivitäten verbargen. Trotzdem bot dieser Rahmen auch Spielräume für kritisches Handeln.

Der Umweltschutzrat des Jugendverbandes setzte sich beispielsweise für einen Kompromiß in den jahrelangen Auseinandersetzung um die Zerstörung natürlicher Werte des Berges Esztramos durch ein Bergwerk ein und versuchte, das Umweltengagement von Jugendlichen zu fördern und zu koordinieren. Er fungierte auch als Dach von halb-autonomen Klubs und Zirkeln, deren Zahl Mitte der achtziger Jahre auf 400-500 geschätzt wurde[57]. Insbesondere an den Universitäten entstanden auf diese Weise engagierte Umweltgruppen, die ähnlich wie eine Bürgerinitiative arbeiteten, wenngleich ihre Konfliktfähigkeit begrenzt war, da sie jederzeit wieder aufgelöst werden konnten. So erklärt es sich, daß studentische Umweltklubs zwar maßgeblich die Proteste von Mosonmagyaróvár und Szársomlyó initierten, sich jedoch an den Auseinandersetzungen um das Donau-Staustufensystems nicht aktiv beteiligten.

Von größerem Gewicht als der Umweltschutzrat des Jugendverbandes war der Umweltausschuß der Patriotischen Volksfront, die unter ihrem Generalsekretär Imre Pozsgay zu einem Instrument der Demokratisierung und Bürgerbeteiligung ausgebaut werden sollte[58]. In verschiedenen Umweltkonflikten versuchte er, die Anliegen von Umweltschützern aufzunehmen und "politikfähig" zu machen - zum Beispiel bei den Müllablagerungen in Mosonmagyaróvár oder beim Streit um den Steinbruch von Szársomlyó. Im Rechenschaftsbericht ihres Landesrates vom Dezember 1985 wird die "Interessensschutz- und Interessensvertretungsrolle der Volksfrontbewegung" im Umweltschutz ausdrücklich hervorgehoben[59]. Auch die Spielräume der Volksfront waren jedoch begrenzt, was sich nicht nur an ihrem Schweigen im Konflikt um das Donau-Staustufensystem zeigte, sondern auch in dem lange Jahre vergeblichen Bemühen, einen "Landesverband Ungarischer Umweltschützer" ins Leben zu rufen. Dieser konnte erst im Februar 1988 gegründet werden - unter weitgehendem Ausschluß der Umwelt-

gruppen an der Basis.

Als organisatorisches Dach für ein unabhängiges Umweltengagement haben darüberhinaus verschiedene Vereine gedient, die in der ersten Hälfte der achtziger Jahre häufig erst nach langen Diskussionen zugelassen wurden. Die Vereinsform bot zu dieser Zeit größeren rechtlichen Schutz als die gesetzlich ungeregelte Form eines Klubs, was die Behörden veranlaßte, sie vielen Antragstellern zu verweigern. Während beispielsweise die Kleingärtner Erfolg mit ihrem Antrag hatten, wurden bis 1988 alle Versuche abgeschmettert, einen landesweiten Verein für Umwelt- oder Naturschutz zu gründen - auch dann, wenn die Initiative von "etablierten" Institutionen wie der Volksfront, dem Vogelkundlichen Verein oder dem Landesamt für Natur- und Umweltschutz (OKTH) ausging. Zwei Anläufe von Umweltschützern aus dem Umkreis der Donau-Bewegung, einen landesweiten Umweltschutzverein zu gründen, scheiterten 1984 und 1987 an der Ablehnung durch das OKTH. Allerdings konnten sich eine Reihe lokaler oder regionaler Vereine gründen, so zum Beispiel in Győr, in Miskolc und im Budapester Stadtteil Ferencváros. Schließlich spielten auch die insgesamt 90 Vereine für Stadtverschönerung oder -erhaltung und die den Nationalparks angeschlossenen Freundeskreise eine Rolle als Forum für das Umweltengagement.

Umweltinitiativen ohne eine solche institutionelle Anbindung bewegten sich bis zur Verabschiedung des neuen Vereinsgesetzes im Januar 1989 in einem rechtsfreien Raum, so daß ihre Existenz und ihre Handlungsmöglichkeiten immer wieder in Frage gestellt waren und von den spezifischen politischen Kräfteverhältnissen abhingen. In einigen Fällen, zum Beispiel bei der Kritik an den Lärmbelästigungen durch die neue Landebahn des Budapester Flughafens, wurde die gesellschaftliche Kritik von den Behörden zwar anerkannt und aufgenommen. In anderen Fällen jedoch - wie im Konflikt um die Doroger Müllverbrennungsanlage - entzog die politische Führung dem gesellschaftlichen Komitee die Legitimation, dessem Gründung sie zuvor ausdrücklich zugestimmt hatte, und bewirkte damit ein Scheitern des Protestes. Noch negativer wirkte sich die fehlende rechtliche Absicherung bei der

unabhängigen Donau-Bewegung und ihren verschiedenen Gruppen aus, denen, obwohl von Fachleuten ausgegangen, jahrelang der politische Dialog verweigert wurde. Als die Bewegung schließlich zum Mittel der Demonstration greifen wollte und auch international Schlagzeilen machte, wurde der Druck auf sie so erhöht, daß sie - wie schon wenige Jahre zuvor die unabhängige Friedensgruppe "Dialógus"[60] - zusehends zerfiel.

Aus diesem Grund hatten kritische Juristen schon vor der Ablösung der Kádár-Führung die Forderung erhoben, Zusammenschlüsse von Bürgern (nicht nur) in Umweltfragen durch eine veränderte Rechtspraxis als legale und legitime Meinungsbekundung zu behandeln und nicht länger vom Ermessen der Machtinstanzen, eine gesellschaftliche Gruppe und ihr Anliegen anzuerkennen oder nicht, abhängig zu machen[61]. Verweigerte sie die Anerkennung, setzte ein Prozeß der Ausgrenzung ein, für den alle Hebel der monopolisierten politischen Herrschaft (Polizei, Vorgesetzte, Medien, Fachinstitutionen etc.) eingesetzt werden konnten und der nur noch die Alternative zuließ: Auflösung oder illegale Tätigkeit. Dieses Politikmuster war bereits in den siebziger Jahren zur Isolierung der kritischen Intellektuellen eingesetzt worden, die daraufhin zum überwiegenden Teil in offene Systemopposition gerieten[62]. Umweltgruppen wie der "Donau-Kreis" bemühten sich aus Gründen des Selbstschutzes beinahe verzweifelt um Abgrenzung gegenüber der Opposition, andererseits war diese der einzige Bündnispartner, der die Kritik des Donau-Kreises offen unterstützte und keine Rücksichten auf die Macht zu nehmen bereit war. Andere Umweltschutzgruppen wie die "Blauen" oder die Umweltzeitschrift "Vízjel" suchten gar nicht mehr erst nach einem legalen Handlungsrahmen, sondern orientierten sich gleich an den Methoden der Opposition.

In besonderem Maße hängen die Wirkungsmöglichkeiten eines kritischen Umweltengagements von der Existenz einer funktionierenden öffentlichkeit ab, die den Protest dokumentiert und ihm die notwendige gesellschaftliche Wirkung verleiht. Obwohl die ungarischen Medien seit Mitte der achtziger Jahre dem Thema Umwelt deutlich mehr Raum zubilligten, nahmen sie in den meisten Auseinandersetzungen ihre Kritik- und Kon-

trollfunktionen nicht wahr. In allen hier dokumentierten Fällen setzte die Berichterstattung über den Konflikt mit großer Verspätung ein, in der Regel dann nämlich, wenn er bereits so oder so entschieden war. In zwei der Auseinandersetzungen wurde sogar von der Regierung ein generelles Publikationsverbot verhängt, aber auch in den anderen beiden Fällen wurde die Öffentlichkeit lange Zeit nicht informiert. Die Argumente der Kritiker wurden oftmals verschwiegen, wiederholt kam es zu direkten Zensurmaßnahmen. Der Donau-Bewegung standen langezeit ausschließlich die im Selbstverlag verlegten Zeitschriften der Opposition oder des "Donau-Kreises" sowie die Berichterstattung von "Radio Freies Europa" zur Verfügung, während Kritiker wie der Doroger Abgeordnete Imre Haimer nur mit Hilfe einiger reformorientierter Blätter eine gewisse öffentlichkeit erreichten. In beträchtlichem Maße vergrößerten sich die Spielräume der - inzwischen zum Teil privaten - Medien erst im Verlauf des Jahres 1988. Nicht nur im Fall der Donau-Bewegung konnten sie nun dazu übergehen, offen über politische Konflikte zu berichten und damit Entscheidungen der Machtinstanzen einer gesellschaftlichen Kontrolle zu unterwerfen.

Die hier beschriebenen Konfliktfälle zeigen, daß Umweltproteste häufig auch mit außenpolitischen Implikationen einhergehen. Zerstörungen der natürlichen Umwelt sind nicht nur ein Problem aller hochentwickelten Industriegesellschaften, das weder vor Länder- noch vor Systemgrenzen halt macht und deshalb zu internationaler Kooperation zwingt. Es löst auch ähnliche Reaktionen in der Bevölkerung aus, verstärkt die wechselseitige Sensibilisierung und führt auch auf der Ebene des gesellschaftlichen Protestes zu länderübergreifender Kooperation, insbesondere zwischen traditionell eng miteinander verbundenen Staaten. Für diese Internationalisierung von Umweltprotesten ist gerade die Donau-Bewegung ein gutes Beispiel, deren Vorbild unter anderem der erfolgreiche Widerstand gegen das Wasserkraftwerk in Hainburg war. Hinzu kommt die besondere Wirkung, die ausländische Publizität und Unterstützung in einem kleinen Land wie Ungarn erzielt, das großen Wert auf sein positives internationales Renommee legt und seit Jahren an einer Verbesserung der

Beziehungen zu westlichen Staaten arbeitet.

Zu außenpolitischen Implikationen führt aber auch das gravierende West-Ost-Gefälle in Bezug auf wirtschaftliche Stärke und Entwicklung der Umweltschutz-Normen, daß den Export von Umweltzerstörungen stimuliert, ohne daß die betroffene Bevölkerung über adäquate Möglichkeiten der Mitbestimmung und der Gefahrenabwehr verfügt. Die Müllablagerungen in Mosonmagyaróvár und das österreichische Engagement in Nagymaros sind dafür ebenso ein Beispiel wie der rege Mülltourismus von der Bundesrepublik in die DDR und lösen bei den Betroffenen entsprechende Verbitterung aus.

Die jüngste Entwicklung im Streit um das Donau-Staustufensystem zeigt, daß sich ein Primat einer demokratisch verstandenen Innenpolitik erst im Zuge des gegenwärtigen Reformprozesses Schritt für Schritt in der ungarischen Politik konstituiert und seine Wirksamkeit auch dann erweist, wenn dies zu außenpolitischen bzw. außenwirtschaftlichen Schwierigkeiten führt. Sachzwänge, die zuvor als unveränderbar galten, werden nun als Gegenstand politischer Prioritätensetzung kenntlich gemacht, die von der Gesellschaft - auch mit Mitteln des Protestes - beeinflußt werden kann. Ein weiteres Beispiel dafür ist der unerwartete Beschluß der ungarischen Regierung vom April 1989, jenes Bauxit-Bergwerk in Nyirád zu schließen, das seit Jahren eine Abkühlung des Thermal-Sees von Héviz verursachte, aber unter Hinweis auf seine volkswirtschaftliche Bedeutung unvermindert weiterbetrieben wurde. Die Frage, die heute noch nicht zu beantworten ist, lautet jedoch, ob der gesellschaftliche Protest gegen Umweltzerstörung langfristig mehr bewirkt als eine nur reaktive Politik der Regierung, ob er die Entstehung von wirtschaftlichen Mechanismen, politischen Entscheidungsstrukturen und rechtlichen Regelungen zur Folge hat, die dem Umweltschutz jenen Stellenwert geben, den er in modernen Industriegesellschaften benötigt.

Anmerkungen:

(1) Vgl. zur *DDR*: W. Büscher/P. Wensierski, Beton ist Beton. Zivilisationskritik aus der DDR, Hattingen 1981; H. Knabe, Gesellschaftlicher Dissens im Wandel. ökologische Diskussionen und Umweltengagement in der DDR, in: Umweltprobleme und Umweltbewußtsein in der DDR. Hrsg. von der Redaktion Deutschland Archiv, Köln 1985, S.169ff; H. Knabe, Zweifel an der Industriegesellschaft. ökologische Kritik in der erzählenden DDR-Literatur, in: ebenda, S. 201 ff; P. Wensierski, Von oben nach unten wächst gar nichts. Umweltzerstörung und Protest in der DDR, Frankfurt 1986;
zu *Polen*: Frieren oder Asbestvergiftung. In der Krakauer Vorortsiedlung wehren sich Bewohner gegen die Asbestverkleidung ihrer Wohnungen, in: die tageszeitung, 15. Februar 1988; Ein Atomkoloß in polnischer Provinz. AKW- und Endlagerpläne der Warschauer Regierung stoßen auf Widerstand in der Bevölkerung, in: die Tageszeitung, 12. August 1988; "Wir mobilisieren die Gleichgültigen". Jetzt gibt es sie auch in Polen: die Grüne Partei, in: die tageszeitung, 30. September 1988;
zur *Tschechoslowakei*: J. K. Boehm, Ist die Katastrophe noch zu vermeiden? Reaktionen auf die Umweltzerstörung in der Tschechoslowakei, in: Osteuropa-Info, 57/58, 1984; F. Boldt, Gibt es einen Zusammenhang zwischen Friedens- und ökologiediskussion in der Tschechoslowakei?, in: Perspektiven des Demokratischen Sozialismus, 3, 1986;
zur *Sowjetunion*: G. Bahro, Eine menschliche Welt und die Welt der Natur. Ökologiekritik in der modernen sowjetischen Prosa, in: Osteuropa-Info, 57/58, 1984; W. Heuler, Herrschaft über die Natur oder ökologischer Pazifismus? Umweltdiskussion in der Sowjetunion, in: Osteuropa-Info, 57/58, 1984; K. Schlögel, Ökologiediskussion in der Sowjetunion, Köln 1984, Berichte des Bundesinstitutes für ostwissenschaftliche und internationale Studien 49-1984; Daugavpils - Lehrstück für die UdSSR? Die ökologische Bewegung in Lettland wird zum Testfall für die demokratische Umgestaltung der Sowjetunion, in: die tageszeitung, 26. August 1988; Die grüne Welt in der Ukraine. Drei Jahre nach Tschernobyl gewinnt die Ökologiebewegung in der UdSSR an Kraft, in: Frankfurter Rundschau, 2. Mai 1989; Menschenkette vor litauischem Kraftwerk, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19. September 1988;

(2) E. Bilecz, A köztes jellegü társadalmi mozgalmakról (Über die Bewegungen von intermediärem Charakter), Manuskript, Budapest 1986; P. Paczolay, Az ökológiai válság társadalomirányitási dilemmái (Die Dilemmata der Gesellschaftslenkung der ökologischen Krise), OMFB REI, Budapest 1986; M. Persányi, Kik a környezetvédök és kell-e védekezni ellenük? (Wer sind die Umweltschützer, und muß man sich vor ihnen schützen?), in: Társadalmi Szemle, 8-9, 1988; ders., Környezetvédelem társadalmi támogatással (Umweltschutz mit gesellschaftlicher Unterstützung), in: Társadalmi Szemle, 5, 1986; ders., A környezetvédő állampolgári aktivitás fejlődése külföldön és hazánkban (Die Entwicklung der Bürgeraktivität im Umweltschutz im Ausland und in Ungarn), Manuskript, MSZMP Politikai Föiskola 1986; ders., A környezetvédö társadalmi aktivitás feltételei, gyökerei és társadalmi bázisa (Bedingungen, Wurzeln und soziale Basis der gesellschaftli-

chen Aktivität im Umweltschutz), OMFB REI, Budapest 1986; ders., Zöldülö generáció (Grünende Generation), in: Ifjusági Szemle, 4, 1985; L. Sólyom, A társadalom részvétele a környezetvédelemben (Die Teilnahme der Gesellschaft im Umweltschutz), OMFB REI, Budapest 1986; M. Szabó, Die Innovation des politischen Institutionensystems und die autonomen sozialen Bewegungen in Ungarn, Manuskript, Budapest 1987; ders., Neue Gesellschaftsbewegungen in Ungarn, Manuskript, Budapest 1986; ders., Neue soziale Bewegungen als Aspekte der politischen Sozialisation und Herausforderungen für die politischen Institutionen in Ungarn, Manuskript, Köln 1988; ders., Scenarios for the ecological challenge in Hungary, Manuskript, Budapest 1989; ders., Tájkép csata elött - és utána. Az ökológiai mozgalom intézményesedése összehasonlitó perspektivában: Magyarország - NSZK (Landschaftsbild vor der Schlacht - und danach. Die Institutionalisierung der ökologischen Bewegung in vergleichender Perspektive), Manuskript, Budapest 1989; ders., Társadalmi mozgalmak, politikai rendszer, modernizáció (Vannak-e alternativ társadalmi mozgalmak Magyarországon?)(Gesellschaftliche Bewegungen, politisches System, Modernisierung (Gibt es alternative soziale Bewegungen in Ungarn?)), OMFB REI, Budapest 1986; ders., Verhältnis zwischen Alternativbewegungen und gesellschaftlichen Einrichtungen in Ungarn, Manuskript, Budapest 1988; P. Tamás, Erdek és kockázatfelismerés (Interesse und Risikoerkennung), OMFB REI, Budapest 1986; A. Vári/J. Vecsenyi, Az elsö magyar veszélyes hulladék égetőmű telepitésével kapcsolatos konfliktusok elemzése (Analyse der Konflikte im Zusammenhang mit dem Bau der ersten ungarischen Sondermüllverbrennungsanlage), in: Rendszerelemzési módszertani füzetek 14, OMFB REI, Budapest 1986;

(3) Bei einer Aufschlüsselung des Nationaleinkommens nach Tätigkeitsgruppen belegten Industrie und Bauindustrie 1983 zusammen 58,6 Prozent, Land- und Forstwirtschaft 18,2 Prozent, Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung 22,2 Prozent. Eine ähnliche Tendenz zeigt eine nach Wirtschaftszweigen gegliederte Übersicht über die Erwerbstätigen für 1984: Danach arbeiteten 38,7 Prozent der Beschäftigten in der Industrie und Bauindustrie, 21,7 Prozent in Land- oder Forstwirtschaft, 18,2 Prozent in Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie 19,8 Prozent im Bereich Dienstleistungen einschließlich Staat. Im Vergleich: 1982 arbeiteten in der DDR 48,5 % aller Beschäftigten in Industrie und Bauwirtschaft, 10,0 % in Land- und Forstwirtschaft, 16,5 % in Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie 24,9 % im staatlichen bzw. Dienstleistungsbereich. Vgl. Statistisches Taschenbuch Ungarns 1984, Budapest 1985, S. 107 und S. 40, sowie Zahlenspiegel Bundesrepublik Deutschland/Deutsche Demokratische Republik. Ein Vergleich, Bonn 1986, S. 50.

(4) Központi Statisztikai Hivatal, A Környezet állapota és védelme (Zustand und Schutz der Umwelt), Budapest 1986, S. 213

(5) 29 Prozent aller in der Industrie Beschäftigten waren 1984 in Budapest und dem Komitat Pest tätig, weitere 9,4 Prozent im nordöstlichen Komitat Borsod-Abaúj-Zemplén; vgl. Statistisches Taschenbuch Ungarn, Budapest 1984, S. 124.

Beide Gebiete zusammen machen jedoch nur 15,2 Prozent des ungarischen Territoriums aus; vgl. Magyarország megyei és városai (Komitate und Städte Ungarns), Budapest 1975.

(6) Soweit nicht anders vermerkt, stammen die folgenden Zahlenangaben aus: Központi Statisztikai Hivatal, a.a.O.; vgl. auch die ausführliche Analyse der Umweltsituation in: H. Knabe, Umweltprobleme und ökologisches Bewußtsein in Ungarn, in: Österreichische Osthefte, 3, 1988

(7) Heti Világgazdaság, 2. Mai 1987

(8) Természetvédelem, 5, o.J., S. 24

(9) Vgl. Magyar Nemzet, 17. Februar 1988

(10) Központi Statisztikai Hivatal, a.a.O., S. 282

(11) G. Kilényi, Környezetvédelmi igazgatás - környezetvédelmi jog (Umweltschutzverwaltung - Umweltschutzrecht), in: Forrás, 1, 1987, S. 14; eine Auflistung der ungarischen Rechtsregelungen zum Umweltschutz enthält: Központi Statisztikai Hivatal, a.a.O., S. 317ff

(12) István Gombás, A környezetvédelemröl reálisan (Über den Umweltschutz - realistisch betrachtet), in: Valóság, 1, 1987, S. 37

(13) Heti Világgazdaság, 2. Mai 1987.

(14) Die Hévíz-Story. Die Regierung entschied gegen Lobby, für den Menschen, in: Budapester Rundschau, 19. Juni 1989

(15) Élet és Tudomány, 23. November 1984

(16) L. Sólyom, a.a.O., S. 12

(17) Dunántuli Napló, 4. September 1985; Népszabadság, 24. Oktober 1985 und 22. November 1986; Magyar Hírlap, 11. November 1985 und 14. April 1986; Magyar Nemzet, 6. März und 21. April 1986; Heti Világgazdaság, 8. Februar 1986; Népszava, 24. Februar und 19. April 1986;

(18) Vgl. zu den folgenden Ausführungen auch: L. Sólyom, a.a.O.; A. Vári/J. Vecsenyi, a.a.O.

(19) Népszabadság, 23. April 1985; Heti Világgazdaság, 16. März 1985; Magyar Nemzet, 18. April 1985

(20) Népszabadság, 14. und 19. November 1986

(21) Vgl. zu den folgenden Ausführungen den ausführlichen Bericht des Fachausschusses Umweltschutzes des Vereins für Stadterhaltung in Mosonmagyaróvár, von dem verschiedene Fassungen erschienen sind in: A jövö mérnöke, 16. Mai 1986, Vízjel (im Selbstverlag erscheinende Umweltzeitschrift), 1, 1986; Természetvédelem, 12, 1986

(22) Kisalföld, 10. September 1985; A közös tanácsi vállalatok üzemi lap (Betriebszeitung der öffentlichen kommunalen

Unternehmen), 9, 1985

(23) Vgl. dessen Ausführungen in der abgesetzten Rundfunksendung, die auszugsweise wiedergegeben wurde in: Mozgó Világ, 4, 1986; sowie seine Äußerungen im Rechenschaftsbericht vor der Volksfront, wiedergegeben in: Buvár, 2, 1986

(24) Zitiert in: Vizjel, 1, 1986, S. 26

(25) Természetvédelem, 11, 1986, S. 8

(26) Zitiert in: Vizjel, 1, 1986, S. 26

(27) Vgl. etwa: "A Mosonmagyaróváriak megelégedésére. Megszünik a szemétimport (Zur Zufriedenheit der Mosonmagyaróvárer. Der Müllimport ist eingestellt)", in: Népszabadság, 19. Juni 1989

(28) Vgl. dazu in deutscher Sprache: J. Vargha, Warum kämpfen wir gegen das geplante Donau-Kraftwerk von Nagymaros, in: Perspektiven des Demokratischen Sozialismus, 3, 1986; K. Wagner, Nagymaros. Eine Informationsbroschüre, Wien o.J. (WWF Wien); eine Zusammenstellung der wichtigsten Dokumente enthält Vizjel, 2, 1986

(29) Budapester Rundschau, 25. Juli 1988

(30) Vgl. das Protokoll einer Sitzung im April 1953 im Amt des damaligen stellvertretenden Ministerpräsidenten Ernő Gerő, das in einer ungarischen Untergrundzeitschrift veröffentlicht wurde: Beszélö, 12, 1985, S. 72ff

(31) Vgl. J. Vargha, Egyre távolobb a jótól (Immer weiter vom Guten entfernt), in: Valóság, 11, 1981

(32) Abgedruckt in: Vizjel, 2, 1986, S. 8f

(33) Abgedruckt in: A Duna Kör Hírei (Selbstverlag), 3, 1986, S. 6

(34) Vgl. die interne Stellungnahme der MTA, zitiert in: A Duna Kör Hírei, 3, 1986, S. 3ff

(35) Vgl. dazu: Választási Almanach 1985 (Wahl-Almanach 1985), Budapest 1985 (Selbstverlag)

(36) Vgl. das ausführliche Kommuniqué über die Ministerratssitzung am 15. August 1985 "Das Staustufensystem Gabcikovo-Nagymaros", in: BudaPress, 77, 1985

(37) Ein Interview mit einem Vertreter der "Blauen" und ihre wichtigsten Stellungnahmen sind abgedruckt in: A Hírmondó, 2, 1986 (Selbstverlag)

(38) Die Rede von Vargha und einer weiteren Vertreterin des Donau-Kreises, die jedoch keine Reisegenehmigung erhielt, sind abgedruckt in: Beszélö, 16, 1986 (Selbstverlag)

(39) Vgl. Hogy áll a Duna Kör Alapitvány ügye? (Wie steht es um die Sache der Donau-Kreis-Stiftung?), in: A Duna Kör

Hírei, 4, 1986 (Selbstverlag)

(40) Magyar Hírlap, 7. November 1985; Die Presse 29. November 1985; Népszabadság, 24. Dezember 1985

(41) Die Proteste sind dokumentiert in: Vízjel, 2, 1986, S. 16f und S. 18 sowie in Beszélö, 16, 1986, S. 18 (beide Selbstverlag)

(42) A Duna Kör Hírei, 3, 1986, S. 1

(43) Vgl. dazu die Stellungnahmen in: A Duna Kör Hírei, 4, 1986, A Hírmondó, 1, 1986, A Demokrata, 4, 1986, Beszélö, 16, 1986 (alle Selbstverlag)

(44) Die Presse, 16. April 1986

(45) Népszabadság, 19. April und 12. Mai 1986; Magyar Hírlap, 24. April 1986; Die Presse, 12. Mai 1985

(46) Neueste Nachrichten, 29. Mai 1986; Die Zeit, 6. Juni 1986

(47) Abgedruckt in: A Duna Kör Hírei, 4, 1986, S.1 und Vízjel 2, 1986, S. 24ff (beide Selbstverlag)

(48) Népszabadság, 5. Dezember 1986

(49) Budapester Rundschau, 17. Oktober 1988

(50) Budapester Rundschau, 20. März 1989

(51) Süddeutsche Zeitung, 17. Mai 1989

(52) Zitiert in: Phoenix-Tagesdienst, 16. Mai 1989

(53) Vgl. dazu die Arbeiten von M. Szabó, a.a.O. sowie: H. Knabe, Neue soziale Bewegungen im Sozialismus. Zur Genesis alternativer politischer Orientierungen in der DDR, in: KZfSS, 3, 1988, S. 551-569; ders.: Neue Soziale Bewegungen als Problem der sozialistischen Gesellschaft. Zur Entstehung und Bedeutung neuartiger Bewußtseinslagen in der DDR und Ungarn, in: Das Profil der DDR in der sozialistischen Staatengemeinschaft, Köln 1987, S. 106-119

(54) Vgl. M. Balázs, A konszolidációban született nemzedékről (Über in der Konsolidierung geborene Generation), in: Valóság 5, 1986

(55) Dafür zuständig sind in der Sowjetunion die Naturschutzverbände der Republiken und die neue Umweltschutzorganisation "Grüner Frieden", in Bulgarien der Naturschutzrat der Volksfront, in Polen die Naturschutz-Liga und der ökologische Klub, in der tschechischen Republik der Umweltschutzverband, in der slowakischen der Umwelt- und Landschaftsschutzverband sowie in beiden die Jugendumweltorganisation "Brontosaurus", in Ungarn die Umweltschutzräte des Jugendverbandes und der Patriotischen Volksfront sowie Klubs und Vereine zum Umwelt- und Naturschutz, in der DDR die "Gesellschaft für Natur und Umwelt".

(56) Zu den Umweltschutzaktivitäten der Volksfront: Environment and Society, Budapest 1979

(57) Laut Angaben einer Informationsmappe des Jugendrates Umweltschutz, Budapest o.J.

(58) Vgl. dazu: H. Knabe, Der Kadarismus und seine Auswirkungen auf das politisch-soziale System in Ungarn, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 36-37/87, 5. September 1987, S. 18f

(59) A Hazafias Népfront VIII. Kongresszusa, 1985. December 13-15. (VIII. Kongreß der Patriotischen Volksfront, 13.-15. Dezember 1985), Budapest o.J., S. 19.

(60) Vgl. dazu E. Bilecz, a.a.O. sowie in deutscher Sprache: G. Dalos, Die gescheiterte Autonomie. die kurze Geschichte der ungarischen Friedensgruppe "Dialog", in: Perspektiven des Demokratischen Sozialismus, 3, 1986; K. Ehring, "Wie Schafe unter Wölfen". Unabhängige Friedensinitiativen in Ungarn, in: Osteuropa, 8, 1983; K. Ehring/H. Hücking, Die neue Friedensbewegung in Ungarn, in: Friedensanalysen 17, hrsg. von Reiner Steinweg, Frankfurt 1983

(61) Vgl. L. Sólyom, a.a.O.; ders.: Környezetvédelem és polgári jog (Umweltschutz und Zivilrecht), Budapest 1980; Vgl. Kaktusz vagy környezet? (Kaktus oder Umwelt?), in: Elet és Irodalom, 22. Mai 1987

(62) Vgl. G. Dalos, Archipel Gulasch. Die Entstehung der demokratischen Opposition in Ungarn, Bremen 1986

Abkürzungen:

HNF	Hazafias Népfront (Patriotische Volksfront)
MSZMP	Magyar Szocialista Munkáspárt (Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei)
OKTH	Országos Környezet- és Természetvédelmi Hivatal (Landesamt für Umwelt und Naturschutz)
OMFB REI	Országos Müszakfejlesztési Bizottság, Rendszerelemzési Iroda (Landesausschuß für Technische Entwicklung, Systemtheoretisches Büro)
OVH	Országos Vízügyi Hivatal (Landesamt für Wasserwesen)

Hubertus Knabe

Ecological Protests in Hungary
Implications for Domestic and Foreign Policy

Bericht des BIOst Nr. 65/1989

Summary

Preliminary Remarks

The present report essentially originates from a two-year study visit to Hungary by the author between 1985 and 1987 subsidized by the Deutscher Akademischer Austauschdienst exchange service. During this period the first protest movements started to emerge in Hungary introducing a new phenomenon into Hungarian domestic and foreign policy. These movements can be seen as precursors to the independent social initiatives that have sprouted in great numbers in response to a wide range of topics and conflicts since the replacement of János Kádár as Secretary General of the Hungarian Socialist Workers' Party (HSWP) in May 1988 and the process of political transition that this change in leadership triggered. While by now these movements are able to operate legally in Hungary - initially with passive official toleration, later thanks to appropriate legal acts - their position within the social and political structures of Kaderism was still shaky and very much dependent upon the reactions of the political system, which alternated between persecution, toleration, and selective support.

Under these circumstances, the processes described in the present report were reflected only fragmentarily in official publications. Many important developments are described and documented only in closed-circle and privately published material. The aim of this study is to make some of this material accessible to a broader academic audience by tracing four brief case studies from the evolution of ecological protest in Hungary. These studies provide the basis for a second step meant to analyze the reasons for the emergence of the ecological protest movements and their relative freedom of action, especially against the background of their domestic and foreign policy implications for the political system in Hungary.

Findings

1. By virtue of its energy structure and lower degree of industrialization, Hungary is less seriously effected by ecological problems than some other socialist countries. In recent years, however, the environmental burden has taken on alarming proportions in this country of Central Europe, too, as a result

of environmental protection having been long neglected and of increasing pollution by agriculture. This applies particularly to pollution of the groundwater, to the high level of air pollution in Budapest and other industrial regions, and to unsolved refuse and hazardous waste disposal problems.

2. Hungary was relatively late in recognising environmental policy as a broad-ranging government task. The pertinent legal system, the institutional structures, and whole areas of environmental protection such as hazardous waste disposal have only recently been developed. Because of the country's economic difficulties, the financial resources of the government and the production units are insufficient to pay for effective environmental protection.

3. In response to the growing burden on the environment, more and more ecological protests in the most varied of forms have been emerging in Hungary in the eighties. The dispute about a quarry in a nature reserve in the south of Hungary, the Szársomlyó Mountain, ended with a compromise. On the other hand, the protest against the construction of a hazardous waste incineration plant in the centre of the town of Dorog was unsuccessful, despite having the backing of a Deputy to the National Assembly. By contrast, environmentalists from the town of Mosonmagyaróvár in Western Hungary were able against the opposition of the local political leadership but with the help of the Patriotic People's Front to stop the dumping of refuse imported from Austria which was endangering local drinking water supplies. But the largest protest movement was that formed to combat plans by the Hungarian and Czechoslovak governments to construct a system of huge dams between Bratislava and the knee of the Danube. The controversy, the course of which is examined in detail in the present study, ended in May 1989, when Prime Minister Németh announced Hungary's withdrawal from the project in deference to the process of democratization in his country.

4. The emergence of ecological protests in Hungary is evidence of growing public awareness of environmental issues in the face of proliferating environmental hazards and thanks to a higher standard of information available. But other factors of significance in this context are national traditions of environmental protection commitment to environmental issues in official organizations, and the emergence of "postmaterialist" needs and aspirations to involvement in political decision-making, which are reflected in the emergence of new social movements.

5. Until recently, environmentalist activities in Hungary were carried on in a legal void. With the exception of spontaneous protests at the local level, environmentalists could launch a campaign only within organizations such as the People's Front, the Communist Youth Union, or smaller semi-autonomous associations. Until the Kádár regime was replaced, independent movements were confronted with massive government restrictions, even if they enjoyed major support outside the country. It was the current democratization process that first made it possible to use social protest to correct political and economic decisions that constitute a hazard to the environment.